

mo #16

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE



GAST-KOMMENTAR:
Martin Staudinger über
das Elend der NGOs

SCHWARZ, ROT, LINKS
Die Netzwerke des Landes

GELDSEGEN
Wieviel Einfluss hat die Kirche?

WÜSTENBLUME
Waris Dirie im Gespräch

Magazin für Menschenrechte 3/2009, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.momagazin.at



EINE GEOGRAPHIE DER EINFLUSSZONEN

WEM GEHÖRT ÖSTERREICH?

luftiges grünelb

„Dem Denken
sind keine Grenzen
gesetzt.

Man kann denken,
wohin und soweit
man will.

Ernst Jandl

kräftiges nichtimmelblau

www.eup.at

ecker & partner



Wem gehört Österreich, wer besitzt die Vermögen,
wer besetzt die Positionen, wer hat Einfluß
Bild: Paul Sturm

Liebe Leserin Lieber Leser

Die ErbInnen des deutschen Industriellen und Milliardärs Friedrich Karl Flick sind mit Österreich gut beraten. Bevor er 2006 am Wörthersee verstarb, hatte er große Teile seines Vermögens hierzulande in einer Privatstiftung ins Trockene gebracht. Praktisch, denn: Kapitaleinkünfte werden in Österreich geringer besteuert, und auch die Vermögenssteuer liegt unter dem OECD-Schnitt. Nachdem in Krisenzeiten der Ruf, die Gürtel enger zu schnallen, laut wird, stellen Beat Weber und Martin Schürz also die Frage, welchen Beitrag die Reichen dazu überhaupt leisten? Dass der Gesellschaftsvertrag nicht unbedingt nach solidarischen Prinzipien erfolgt, sondern vielmehr den Gesetzen realer Interessens- und Machtpolitik folgt, wird in der Geschichte von Robert Misik deutlich. Er hat die unterschiedlichen Funktionsweisen des roten und schwarzen (und des linken) Netzwerks in Österreich unter die Lupe genommen. Wie diese Netzwerke entstehen hängt eng mit den Mechanismen der Elitenbildung zusammen. Was aber ist eine Elite? Cathren Müller ist in einem Interview mit dem deutschen Elitenforscher Michael Hartmann den Unterschieden zwischen den symbolisch Mächtigen und den realen Entscheidungsträgern nachgegangen. Hieran ließe sich gleich die Frage knüpfen, zu welcher der beiden Gruppen eigentlich die Kirche heute zu zählen ist. Mark Hammer versuchte herauszufinden, wie viel Einfluss, wie viel Geld die Vertreter Gottes heute noch haben. Viviane Tassi Bela erzählt, wie man eine NGO für Waisenmädchen in Kamerun aufbaut. Waris Dirie beteuert im Interview mit Maria Sterkl, dass die UNO sie in ihrer Arbeit gegen weibliche Genitalverstümmelung zum Narren gehalten hat.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsessel (Chefredakteur;
gun), Petja Dimitrova (Illustrationen),
Philipp Sonderegger (phts),
Paul Sturm (Bilder), Karin
Wasner (Bilder), Sabine Zhang

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Andreas Bachmann, Mark Hammer,
Stefan Kluger, Angela Magenhei-
mer, Robert Misik, Cathren Müller,
Martin Schenk, Martin Schürz,
Martin Staudinger, Maria Sterkl,
Viviane Tassi Bela, Michael Weiß,
Nina Witjes.

PROJEKTLEITUNG:

 Sabine Zhang

COVERBILD:

 Paul Sturm

LEKTORAT:

 Thomas Just

PRODUKTION:

Andreas Ungerböck, Mitko Javritchev,
factory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31,
1070 Wien, T +43 1 920 20 08-0,
mail@faq-magazine.com

GRAFIK:

 Mitko Javritchev,
Monika Nutz

DRUCK:

 Ferdinand Berger & Söhne
GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

 Irene Holloway,
irene.holloway@sosmitmensch.at
T +43 1 524 99 00 - 17,

ABOS:

 Sabine Zhang,
abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB:

Der Standard (20.000 Stück),
KolporteurInnen (15.000 Stück),
freie Verteilung (10.000 Stück)

AUFLAGE:

 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
office@sosmitmensch.at
http://www.sosmitmensch.at,
ZVR: 22747570

SPENDEN:

 PSK 60000

Kto 91.000.590

OFFENLEGUNG:

 MO ist das

Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für
Menschenrechte, Demokratie und
Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Über-
sendung von Belegexemplaren aus-
drücklich erwünscht, wenn das Copy-
right nicht ausgewiesen ist. Die Rechte
der Fotografien liegen bei den Urheber-
innen. Falls kein/e UrheberIn ausge-
wiesen ist: SOS Mitmensch.

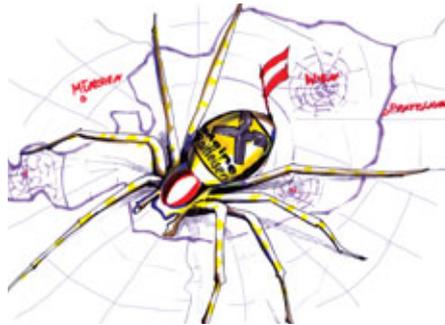


Illustration: Petja Dimitrova

10 NETZWERKE

Dass die Farbenlehre für Schwarz und Rot in Öster-
reich immer noch stimmt, haben sie nicht zuletzt
ihren mächtigen Netzwerken zu verdanken. Wie
funktionieren sie? Und wie netzwerkt die Linke?



Bild: Hannes Rist

16 ELITEN UND MACHT

Herrschende Klasse ist nicht gleich gesellschaft-
liche Elite. Der Elitenforscher Michael Hartmann im
Gespräch über symbolische und wahre
EntscheidungsträgerInnen.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Gute Geschäfte mit dem Klima.

9 HANDLUNGSBEDARF

Yppenplatz: Armut vom Platz verweisen?

Dossier

10 DIE WICHTIGMACHER

Österreich ist klein. Man kennt sich oft seit
Kindertagen. So funktionieren die Netzwerke
der Macht.

Text: Robert Misik

16 CHANCENGLEICHHEIT IST ILLUSION

Der Elitenforscher Michael Hartmann glaubt
nicht, dass Bildung den Weg in Spitzen-
positionen öffnet.

Interview: Cathren Müller

18 SOZIALE HÄNGEMATTE DER REICHEN

Warum Österreichs Vermögende trotz finan-
zieller Verluste in der Finanzkrise einen Solidar-
beitrag leisten sollen.

Text: Martin Schürz, Beat Weber

21 DIE WELTLICHE SEITE DER KIRCHE

Wälder, Schulen, eine Bank. Wieviel Einfluss
besitzt die Kirche heute?

Text: Mark Hammer

28 POSTER

EskiNoMore

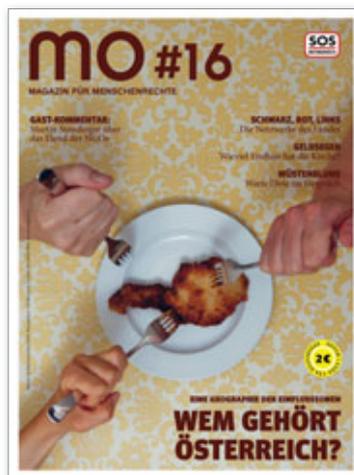




Bild: Karin Wasner

32 GENITALVERSTÜMMELUNG

Waris Dirie im Gespräch. Die ehemalige UN-Sonderbotschafterin fühlt sich von den Vereinten Nationen zum Narren gehalten.



Bild: Porsche

22 REICH SEIN IN ÖSTERREICH

Über den Sinn der Vermögensbesteuerung insbesondere in der Finanzkrise.

Welt

27 WELT-NEWS

EU-Fünfjahresplan zur Inneren Sicherheit.

28 IM STICH GELASSEN

Waris Dirie, Menschenrechtsaktivistin und Model beklagt zu wenig Aufmerksamkeit des Westens beim Problem der weiblichen Genitalverstümmelung.

Interview: Maria Sterkl

32 NGO-BUILDING IN KAMERUN

In der Kleinstadt Obala in Kamerun entstand ein Ausbildungszentrum für Waisenmädchen. Zentrale Idee ist dabei das Recht auf Bildung.

Text: Viviane Tassi Bela

Rubriken

37 NGO-NEWS

Zehn Jahre ZARA

38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock im Bundesländer-Blues.

Text: Andreas Bachmann

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.

2x5 Dinge von Angela Magenheimer

41 POPULÄR GESEHEN

Genießen verboten. Über den Hass auf die Glücklichen.

Kolumne von Martin Schenk

43 SPOTLIGHT

Wolfgang Taucher, Leiter des Bundesasylamtes.

Text: Nina Witjes

45 SOS MITMENSCH

Was wurde aus den vertriebenen Roma in Osttirol?

46 ANDERE ÜBER...

Martin Staudinger erklärt, warum er humanitären Pauschal Tourismus von NGOs nicht mag.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Bild: Bernhard Kummer

Korruption

K.H. Grasser als Opfer

Sehr geehrter Herr Chefredakteur! Das Beispiel Strafsachen Karl Heinz Grasser im Artikel über Korruption in der Staatsanwaltschaft ist schlecht gewählt. Es war keineswegs eine „geräuschlose“ Einstellung. Die Schilderung der Redakteurin ist frei erfunden. Zuerst ließ der Justizminister Böhmdorfer (kein Freund Grassers) das Strafverfahren wegen Unzuständigkeit des Gerichts einstellen. Nachdem in einem Gutachten die Zuständigkeit für das Finanzstrafverfahren wegen der Höhe des Betrages von 283.000 Euro festgestellt worden war, beantragte die Staatsanwaltschaft auf Grund des Berichtes der Finanzbehörde die Einstellung des Strafverfahrens. Der für diese Entscheidung in einem

Finanzstrafverfahren zuständige Dreiersenat des Landesgerichts für Strafsachen Wien wies den Antrag ab, worauf die Staatsanwaltschaft dagegen Berufung an das Oberlandesgericht einlegte. Der Berufungssenat dieses Gerichts fasste nach Ergänzung des Untersuchungsverfahrens den Beschluss, das Finanzstrafverfahren auf Grund des zutreffenden Berichts des Finanzamtes als Finanzstrafbehörde einzustellen. Auch waren die Gründe der Verfahrenseinstellung nicht geheim. Das Bundesministerium für Finanzen hatte bereits vorher im ORF öffentlich erklären lassen, dass der Betrag von 283.000 Euro bei K.H. Grasser steuerrechtlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit („Arbeitslohn“) darstellt. Da ein gleich hoher Betrag als Werbungskosten (Kosten der

Wahlwerbung) abzuziehen ist, waren diese Einkünfte mit null zu bewerten und daher steuerfrei. Diese Begründung der Entscheidung wurde aber von „linken Medien“ (Zitat: K.H. Grasser) ignoriert. Dies gilt bis heute. Mit freundlichen Grüßen,
Wilfried Strobl, Wien

Patriarchat

Kommentar von Maria Rauch-Kallat

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin nicht Abonnent, sondern bekomme das Magazin offenbar wegen geleisteter Spenden. Die muss ich mir künftig allerdings überlegen. Sollte die Frau des Waffenhändlers und ähnliche Gestalten noch einmal Platz eingeräumt bekommen, ist es vorbei. Fiedler ist schon schwer verdaulich genug mit seinen Bagatelli-

sierungen und seinem Schnüffeln auf der falschen Fährte. In der Hoffnung auf Besserung, mit freundlichen Grüßen

Karl Wimmeler, Graz

Freispruch

Elias Bierdel Interview

Liebe mo-Redaktion, mit Freude habe ich gelesen, dass das Verfahren gegen Elias Bierdel endlich eingestellt wurde. Die Absurdität der Vorwürfe an einen Menschenrechtsaktivisten, sich als Schlepper betätigt zu haben, gab dafür sicherlich den Ausschlag. Ich halte aber auch die Hartnäckigkeit von Aktivisten und Redaktionen für einen wichtigen Teil, solche juristischen Irrwege immer wieder in die Öffentlichkeit zu bringen, wie Ihr es auch mit dem Interview mit Bierdel getan habt. Schönen Dank!

Gerlinde Fürst, Wien

Loyalitäten

Spotlight auf Vogl

Die jüngsten Ermittlungen in der BUWOG-Affäre rund um den Ex-Finanzminister aus der zur ÖVP gewechselten Buberl-Partie zeigen: Viele stellen sich Korruption so vor, wie es in italienischen Mafiafilmen gezeigt wird. Aber in Wahrheit beginnen solche Prozesse schon viel früher, über problematische Besetzungen aus dem eigenen Umfeld und den Loyalitäten, die sich auch daraus zu ergeben haben. Auch Sektionschef Mathias Vogl war offenbar so ein superloyaler Mann des Innenministers Strasser, wie sich aus dem veröffentlichten Mailverkehr ablesen lässt. Erstaunlich, dass jetzt aber nicht in der Causa von damals ermittelt wird, sondern nur, wie die Mails an die Öffentlichkeit geraten konnten. Ist das nicht selbst Beihilfe zur Verschleierung? MfG,
Ernst Pollak, Wien

Mögen Sie es auch gerne zu **dritt?**



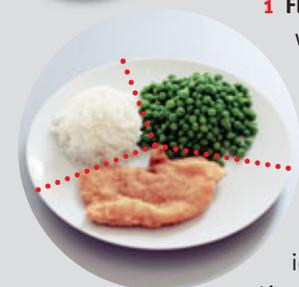
 **BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT**

„Seit Felix' erstem Geburtstag will Lisa unsere Ernährung umstellen. Kannst Du gerne, sagte ich ihr, aber ohne mich! Mit gesundem Essen kannst Du mich jagen! Erst als ich merkte, dass sie ganz ohne Diät fast nebenbei abnahm, wurde ich neugierig. Heute essen wir beide gar nicht so viel anders als früher – auch nicht weniger. Nur die Relationen am Teller haben sich geändert. Die „Drittel-Lösung“ ist unser Erfolgsgeheimnis. Mein geliebtes Schnitzel ess' ich nach wie vor. An den großen Gemüsereis dazu habe ich mich schnell gewöhnt. Jetzt ist es auch im Büro für mich ganz normal, zu jeder Schinkensemmel ein paar Tomaten oder Radieschen zu essen. Schmeckt auch wirklich gut – hätte ich nicht gedacht!“



Die „Drittel-Lösung“ für Ihren Teller:

1 Fleisch ist kein Muss, aber auch nicht verpönt. Maximal 3x pro Woche ein Stück in der Größe Ihres Handtellers – dann überwiegen die Vorteile für die Gesundheit. **Fisch** bringt Omega-3-Fettsäuren für ungehinderten Blutfluss. Mindestens 1x Fisch pro Woche wäre ideal. Auch auf **Hülsenfrüchte** wie Linsen, Bohnen oder (Kicher-)Erbsen nicht vergessen – sie liefern hochwertiges pflanzliches Eiweiß und wertvolle Ballaststoffe!



- 2 Gemüse** wird vom Statisten zum Hauptdarsteller. Wenige Kalorien schmeicheln der Figur, viele bioaktive Substanzen schützen die Körperzellen und Ballaststoffe pflegen das Ökosystem im Darm.
- 3 Stärkebeilagen** (Erdäpfel, Reis, Nudeln) machen satt, versorgen das Gehirn mit Energie und bringen das Glückshormon Serotonin in Bestform.

SO FUNKTIONIERT'S:

- Mahlzeiten mit Fleisch oder Fisch: 2/3 des Tellers sind für Gemüse und die Stärkebeilage reserviert.
- Raspeln Sie beim Kochen Ihrer Bolognese-Sauce pro Portion zusätzlich eine Karotte unters Fleisch.
- Schneiden Sie ruhig dicke Brotscheiben ab. Auch das gute alte „Doppeldeckerbrot“ ist wieder modern – mit wenig Butter, Schinken oder Käse. Reichlich Tomaten- oder Gurkenscheiben machen das Brot herrlich saftig.
- Auf die Leberkäsesemmel wollen Sie nicht verzichten? Bestellen Sie nur 5 dag Leberkäse in die Semmel und essen Sie einen großen Paprika dazu.

Wer drittelt, gewinnt!

„Das Vorurteil, gesunde Ernährung würde nicht schmecken, hält sich leider hartnäckig. Wer noch nie ausprobiert hat, wie leicht und schmackhaft gesundes Essen sein kann, tut am besten gleich heute den ersten Schritt. Mit kleinen Änderungen wie der ‚Drittel-Lösung‘ lassen sich große Vorteile für Ihre Gesundheit erzielen – ein einfaches Patentrezept für den bewussten Essalltag!“



*Mit herzlichen
Empfehlungen
Ihr Gesundheits-
minister
Alois Stöger*

WELTBEFINDEN

Gute Geschäfte mit dem Klima

Zwischen 7. und 18. Dezember muss in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen die Welt gerettet werden. Die UN-Klimakonferenz soll Emissionsreduktionen vereinbaren, um die Erderwärmung zu stoppen. Ein schier unmögliches Unterfangen.



Die Ära nach Bush: Die EU und USA wollen zwar Emissionen reduzieren, fordern von den Schwellenländern aber unverhältnismäßig hohe Ziele. ©UN Photo-Mark Garten

Ende 2012 läuft das Kyoto-Protokoll aus. Der 1997 ausgehandelte Klimaschutzvertrag sieht vor, dass die Industriestaaten zwischen 1990 und 2012 ihre Treibhausgasemissionen um 5,2 Prozent reduzieren. Es geht um sechs Gase: neben Kohlendioxid, auch Methan, Lachgas und drei weitere Industriegase. Das gesteckte Ziel haben nicht alle Staaten eingehalten. Macht aber nix: Um das Weltklima zu stabilisieren, wäre in den Industriestaaten ohnehin eine Reduktion des Kohle-, Gas- und Ölverbrauches um rund 80 Prozent notwendig, wie KlimaexpertInnen vorrechnen. Auch wenn inzwischen mit Barack Obama der US-Präsident den Klimaschutz auf seine Fahnen geheftet hat, bräuchte es schon ein vorweihnachtliches Wunder, um hier einen Durchbruch zu erzielen.

Doch damit nicht genug: Auch die Schwellenländer müssten tiefgreifende Strukturänderungen umsetzen, um mit der Eindämmung des Emissionswachstums nicht auch die Konjunkturmotoren der Weltwirtschaft abzuwürgen. Schließlich stammt die Energie, mit der die Güterproduktion gespeist wird, auch in China und Indien zum überwiegenden Teil aus fossilen Trägern. Ein Umstand, an dessen Fortbestand die Erdöl exportierenden Länder durchaus interessiert sind. Seit 1995 wird bei den jährlich stattfindenden Klimaschutzkonferenzen der Tagesordnungspunkt „Rules of procedure“ (Verfahrensregeln) auf das nächste Jahr verschoben. Die Verträge müssen nämlich bis dato einstimmig angenommen werden. Je-

der Staat kann also sein Veto einlegen. Eine qualifizierte Mehrheit für ein neues Abkommen werden sich vermutlich nicht nur die OPEC-Staaten teuer abkaufen lassen. Zwei Grad Erderwärmung gelten bereits heute als unvermeidlich – selbst bei höchstmöglicher Anstrengung. Für die Auswirkungen werden vor allem die Staaten des Südens bezahlen. UNFCCC-Generalsekretär Yvo de Boer, dessen Organisation für die Abhaltung der Konferenzen verantwortlich ist, definiert deshalb als dritte Herausforderung, ausreichend Mittel für die Abgeltung von Klimaschäden im Süden aufzubringen. Immerhin haben die Staaten, die nun zum Handkuss kommen, kaum etwas zum Klimawandel beigetragen. *phs*

FALSCHES HIPNESS

Armut vom Platz verweisen

Der Wiener Yppenplatz nahe der Balkanmeile Ottakringerstraße gilt vielen als gelungene Mischung aus dynamischem Szene-Grätzl und authentischer Vorstadt. Ein paar WirtInnen wollen das ändern.

Ottakring ist ein „Ausländerbezirk“. Mit-tendrin, um den lauschigen Yppenplatz, entsteht ein hippes Grätzl. Szenelokale siedelten sich an, der samstägliche Biomarkt versorgt Bobos mit Umland-Gemüse. Im Frühjahr haben nun die ersten ModedesignerInnen Fuß gefasst. Schon machte die Angst von der Gentrifizierung die Runde. Umso erstaunlicher ist: Bislang wurde die sichtbare Armut der ZuwanderInnen nicht vertrieben.

Der Brunnenmarkt ist trotz aller Bemühungen der Wirtschaftskammer ein Billigmarkt geblieben, welcher kaufschwache Kundschaft auch jenseits der Bezirksgren-

zen anzieht. Und die einsetzende Renovierung der heruntergekommenen Bausubstanz reicht noch keine zwei Straßenzüge über den „Yppen“ hinaus. Doch nun wollen einige LokalbetreiberInnen nachhelfen und das vollenden, was dem Geld allein bisher nicht gelungen ist: Die Armut vom Platz zu verweisen. Mit Unterstützung des Markt-amtes werden Straßenmusiker von der Piazza verscheucht, vor diversem „Gesocks“ wird per Flugzettel mit politisch korrektem Binnen-I gewarnt: „Den BettlerInnen, MusikantInnen, HandleserInnen und Zeitungs-verkäuferInnen Geld zu geben, nützt nur den Falschen und lockt weitere an.“, heißt

es da. Abgesehen davon, dass der Verkauf von Straßenzeitungen genau den Richtigen nützt, sollten hin und wieder ein paar Gäste bei den WirtInnen deponieren, warum sie den Yppenplatz dem Museumsquartier vorziehen. *phs*

ÖKO-SOZIAL

UMSO BESSER

Soziale und ökologische Ansätze zur Bewältigung aktueller Krisen gibt es viele, jedoch eher punktuell oder aneinander vorbeilaufend. Jetzt kommt es zu einer Verknüpfung beider Bereiche.

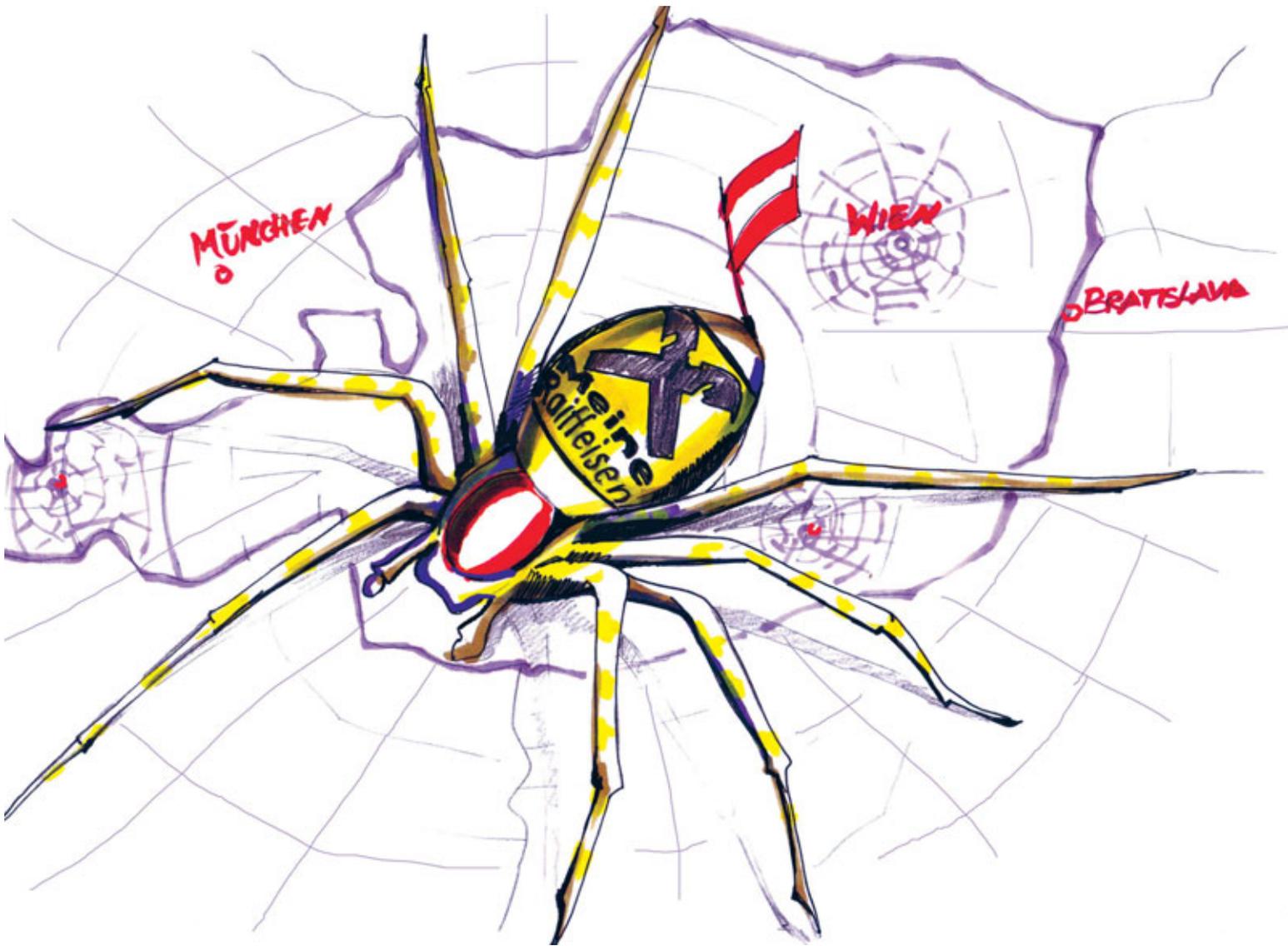
Das Ökobüro und die Armutskonferenz präsentieren Überlegungen und Vorschläge zur gemeinsamen Arbeit an Zukunftsthemen wie Energie, Ernährung, Mobilität, Arbeitsmarkt und Verteilungsgerechtigkeit. Bei der Konferenz „UMwelt SOzial BESSER“ am 26. und 27. November präsentieren die Dachverbände eine gleich lautende und gemeinsam erarbeitete Wendebroschüre. Die darin festgehaltenen Annäherungen zwischen ökologischen und sozialen Anliegen dienen als Grundlage für die Konferenz-Workshops. Ziel der Konferenz ist die Identifizierung von konkreten Projekten, die ökologische und soziale Anliegen verbinden und in einer Folgeveranstaltung Anfang Dezember weiter geplant werden sollen. *phs*

Konferenz „UMwelt SOzial BESSER – Umwelt- und Sozialpolitik besser verknüpfen!

26. November 2009, 18.30 – 21.00 Uhr, 27. November 2009, 09.00 – 17.00 Uhr, Kardinal König Haus, 1130 Wien, www.oekobuero.at/aktuelles

Balkanesisch essen, aber ohne „Gesocks“?





DIE WICHTIG MACHER

Österreich ist klein. Man kennt sich oft seit Kindertagen. So funktionieren die Netzwerke der Macht, die Österreich regieren.

Text: Robert Misik

Illustration: Petja Dimitrova



Andreas Treichl ©Erste Bank

Noch vor zwanzig Jahren war der Begriff des Netzwerkes entschieden negativ konnotiert: „Netz“ war eine Metapher für Zwangsstrukturen, aus denen es für das Individuum kein Entrinnen gibt. Wer an Netzwerke dachte, dachte an Sizilien: Mafia, Ränkespiel, Eine-Hand-wäscht-die-andere. Heute ist das Netzwerk eine positive Metapher, mit der wir zunehmend unsere Welt deuten: Netzwerke sind grenzenlos und relativ unhierarchisch wie das Internet; in ihnen gibt es nicht die eine Position des Mächtigen, sondern Machtknoten. Netzwerke sind dynamisch. Starke Bande schwächen sich, schwache lösen sich auf, neue Verknüpfungen bilden sich, neue Maschinen werden zu Zentren verknüpft.

Einfluss nehmen statt Befehlen

In Machtnetzen gibt es auch Macht, aber in ihnen gibt es nicht das autoritäre Prinzip von Befehl und Gehorsam, sondern das des Einflusses, der stets aufs Neue geltend gemacht werden muss. Aber wie ist das in den Netz-

werken der Macht? Gewiss, in Machtnetzen wird Einfluss geltend gemacht, nicht befohlen. Man hilft einander, aber bisweilen ist die Hilfe auf Gegenseitigkeit, die hier eingefordert wird, von Erpressung nicht zu unterscheiden. Ob man das Geschehen mit dem unschönen Wort „Korruption“ charakterisieren mag, ist Geschmackssache. Und das Machtnetz hat noch eine entscheidende Eigenart: Es ist, wenn schon nicht im Verborgenen aufgespannt, so doch von einer informellen Undurchsichtigkeit.

Was hier angeschoben wird, entzieht sich beinahe schon definitionsgemäß öffentlicher Kontrolle. Auch soll man die anti-hierarchische Seite des Netzwerkes nicht überbewerten: Wer in horizontalen Machtnetzen Einfluss hat, hat meist in vertikalen Hierarchien viele Leute unter sich, wo er sich als autoritärer Knochen erweist. Man charmiert nach links und rechts und tritt nach unten. Zudem sind auch in informellen Netzwerken manche mächtiger, manche wenige mächtig. Auch wenn es kein Verhältnis von Befehl

und Gehorsam gibt, so doch ein Gewusst-Wie: man hat dann eben ein informelles Gespür dafür, wessen Bitte man nicht abzuschlagen wagen sollte.

Intakte Seilschaften

Christian Konrad, Hans Dichand, Ludwig Scharinger, Andreas Treichl, Christoph Leitl – fünf Männer führen die Liste der „100 Mächtigsten in der Wirtschaft“ an, die das Wirtschaftsmagazin „trend“ in seiner Juli-Ausgabe veröffentlicht. Erstellt hat die „Netzwerkanalyse“ das Wiener FAS-Institut. Auffällig: vier ÖVP-Leute unter den Top-Fünf, dazu der greise Chef des mächtigen Revolverblattes. Mit Konrad und Scharinger sind zwei Raiffeisenleute an der Spitze.

ZUR PERSON

Andreas Treichl

Andreas Treichl studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien und wurde 2007 zum WU-Manager des Jahres gekürt. Seit 1997 ist er Generaldirektor der Erste Bank. Von 1991 bis 1997 gehörte Treichl als Finanzreferent dem Bundesparteivorstand der ÖVP an.

ZUR PERSON**Ludwig Scharinger**

Ludwig Scharinger studierte Betriebs- und Sozialwissenschaften in Linz und ist Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich. 1972 begann seine Karriere bei der Raiffeisenbank OÖ. Seit 1985 ist er Generaldirektor.



Ludwig Scharinger ©RZB

Macht wird in Österreich in solchen Netzen ausgeübt. Gewiss, das ist überall so. In Diktaturen ohnehin, aber in entwickelten Demokratien ebenso. In letzteren ist die Sache vielleicht nicht so auffällig, Netzwerker können in ihnen auch nicht schalten und walten, weil sie demokratischer Kontrolle ebenso unterliegen wie den kritischen Nachstellungen investigativer Journalisten. Aber zu glauben, in Demokratien würde Machtausübung nur in institutionell geregelter Form vor sich gehen, wäre blauäugig. Dennoch ist Österreich, verglichen etwa mit den USA oder Deutschland, korporatistisch eher verknöchert: Die Seilschaften sind hier traditionell, die Lager klar, die Grenzen undurchlässig.

Nicht unwichtig bei all dem: Österreich ist klein. Innerhalb der verschiedenen Milieus kennt man sich daher oft schon von Kindesbeinen an und man verliert sich auch kaum aus den Augen, was etwa in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland schon sehr schwierig ist, wo praktisch jeder, der über eine höhere Bildung verfügt, in einer anderen Stadt studiert, als jener, in der er aufgewachsen ist und später dann in wieder einer anderen Stadt arbeitet.

VOR ALLEM DIE ÖVP IST, SCHON AUFGRUND IHRER ORGANISATORISCHEN STRUKTUR, MEHR EIN LOBBYUNTERNEHMEN ALS EINE POLITISCHE ORGANISATION.

Lobbyisten werden wichtiger

Vor allem die ÖVP ist, schon aufgrund ihrer organisatorischen Struktur, mehr ein Lobbyunternehmen als eine politische Organisation. Wirtschaftsbund und Bauernbund haben die Partei fest in der Hand, dazu hat noch der ÖAAB, der schwarze Arbeitnehmerbund, die Finger im Spiel. Die Raiffeisenorganisation, eine Krake, die über ihre Landwirtschaftsgenossenschaften den ländlichen Raum organisiert und über ihre Banken auch in der gehobenen bürgerlichen Welt großen Einfluss hat, ist in diesem Konglomerat der wichtigste Player. Sie bestimmt entscheidend mit, wer ÖVP-Chef wird, Ex-ORF-Chefin Monika Lindner kam aus diesem Stall, wer in die Chefetage des Kurier einzieht, wird selbstverständlich auch von

den Bauernbankern bestimmt. profil-Herausgeber kann auch nur werden, wer das Placet von Raiffeisen-Boss Konrad hat.

Im Weichbild, am Rande der Netzwerke tummeln sich auch schon mal schräge Köpfe. Die haben gelegentlich Einfluss, aber wenig Macht, sind aber wegen ihrer Unorthodoxie Verbindler zu anderen Netzwerken. Bekanntestes Exempel innerhalb der schwarzen Netzwerke ist Böhler-Chef Claus Raidl. Angedockt, aber auch unabhängig von den traditionellen Netzwerken, entstehen mehr und mehr auch Machtmaschinen einflussreicher BeraterInnen, WerberInnen und ConsulterInnen, die de facto Lobbying betreiben und sich selbst wichtig machen. Während die klassischen Netzwerker ihre unbezweifelte Macht für ihre Interessen einsetzen, müssen diese LobbyistInnen nämlich immer erst ihren Einfluss grell herausstreichen, um ihn für ihre Interessen auszunutzen. Deshalb drängen diese sich auch gerne an die Öffentlichkeit. Notorisches Beispiel ist hierfür der sogenannte Kommunikationsexperte Wolfgang Rosam. Leute wie Rosam sind Symptome für einen leisen Strukturwandel des Netzwerkwesens.

Grundsätzlich funktioniert das konservative Netzwerken so: Das Wort mächtiger Wirt-

**BEI DER SPÖ KANN MAN
KAUM VON EINFLUSS
WIRTSCHAFTLICH
MÄCHTIGER REDEN:
DIE JEWEILIGEN FIRMEN-
CHEFS SIND MEIST PARTEI-
GÄNGER, DIE IN DER POLITIK
NICHTS GEWORDEN SIND.**

schaftslenker zählt viel, sehr viel, und zwar auf jeder politischen Ebene, zudem werden parteinahe ConsulterInnen, WissenschaftlerInnen und MultiplikatorInnen gehätschelt und mit viel Geld überhäuft.

Ein bemerkenswertes Charakteristikum konservativer Milieus ist, dass hier der Wert der Parteiunabhängigkeit nicht sehr viel zählt, sodass das Networking insgesamt effektiver ist, weil es in diesen Kreisen überhaupt nicht

als anrühlich gilt. Nehmen wir nur die Publizistik: Während linksliberale Publizisten den Wert der „Unabhängigkeit“ hochhalten und es für sie beruflichen Selbstmord bedeuten würde, in den Geruch übertriebener Parteilichkeit zu geraten, gilt das für konservative Meinungsbildner in ihren Milieus keineswegs. Hier wäre im Gegenteil der Ruf der „Unverlässlichkeit“ tödlich.

Schwaches SPÖ-Netzwerk

Sozialdemokratisches Networking ist aus einer Reihe von Gründen deutlich uneffektiver: Auf wichtige MeinungsbildnerInnen hat dieses Lager praktisch keinen direkten Zugriff. Kritische linksliberale Köpfe kritisieren mit Freude „ihre eigenen Leute“, schon um sich als „Unabhängige“ zu positionieren. Der Kreis ökonomisch Mächtiger im Umfeld der SPÖ ist überschaubar: Brigitte Ederer als Siemens-Chefin, Hannes Androsch, Noten-



Christian Konrad ©Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG

ZUR PERSON

Christian Konrad

Christian Konrad trat 1969 nach dem Studium der Rechtswissenschaften in die Raiffeisenlandesbank NOE-Wien ein. Er ist Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes, Landesjägermeister von Niederösterreich und Obmann des Vereins „Unser Stephansdom“.



ZUR PERSON

Christoph Leitl

Christoph Leitl studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz. Seit 1999 ist Leitl Bundesobmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes, seit 2000 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich und seit 2005 Präsident des Europäischen Wirtschaftsbundes.

Christoph Leitl ©WKÖ

bank-Präsident Ewald Nowotny. Die Verstaatlichte Industrie existiert praktisch nicht mehr, in ihren Resten hat die schwarz-blaue Koalition in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends ihre KonfidentInnen untergebracht. Allenfalls über die Firmengeflechte der Stadt Wien kann die Sozialdemokratie noch politische mit wirtschaftlicher Macht kombinieren. Aber hier kann man kaum von Einfluss wirtschaftlich Mächtiger reden, da die jeweiligen Firmenchefs letztlich nur über geliehene ökonomische Macht verfügen: Meist sind sie ParteigängerInnen, die in der Politik nichts geworden sind.

Ein gewisses Kuriosum der Netzwerkarchitektur Österreichs lässt sich dort ausmachen, wo es noch Reste des alten Proporzsystems gibt: Wo (Unternehmens-)Vorstände

ZUR PERSON

Monika Lindner

Monika Lindner studierte in Wien Theaterwissenschaften, Kunstgeschichte und Philosophie. Von 2002 bis 2006 war sie Generaldirektorin des ORF. Seit 2007 berät sie die zur Raiffeisen-Gruppe gehörige Medicur-Holding. Seit Mai 2009 ist sie Geschäftsführerin der EPAMEDIA.



Monika Lindner ©EPAMEDIA International

zusammenarbeiten, die unterschiedlichen Netzwerken angehören, sind diese auch Scharniere zwischen den Netzwerken. Hier sprießt, wenn man das so nennen mag, der großkoalitionäre Geist noch in seiner herkömmlichen Form.

Was in den verschiedenen Netzwerken angestrebt wird, ist oft gar nicht so leicht zu sagen. Klar, man betreibt Lobbyismus für vorteilhafte Gesetzgebung, um Posten und um öffentliche Aufträge. Man will sich für Notfälle absichern und verpflichtet sich gegenseitig. CEO X sitzt bei Y im Aufsichtsrat und vice versa. In Subnetzwerken, wie etwa in den eher linksliberalen Netzwerken der KünstlerInnen und „Kulturkreativen“ geht es beispielsweise um Subventionen oder kleine Aufträge. In Netzen politischer Subkultur versucht man am ehesten über Vernetzung Aufmerksamkeit zu generieren. Man ist aufeinander angewiesen und tut sich gegenseitig nicht weh – so wie in den Netzwerken der ChronikreporterInnen und PolizistInnen. Und in allen Netzwerken, in

denen der Mächtigen nicht weniger als in denen am Rande, geht es immer auch um Sozialprestige im Netzwerk selbst: Wer im Netzwerk etwas gilt, der hat Macht. Wer mehr Leute kennt als die meisten, den umgibt automatisch eine Aura der Wichtigkeit, die sich dann übersetzen lässt. In das, was man mit einem schönen Wort die „geldwerten Vorteile“ nennt.

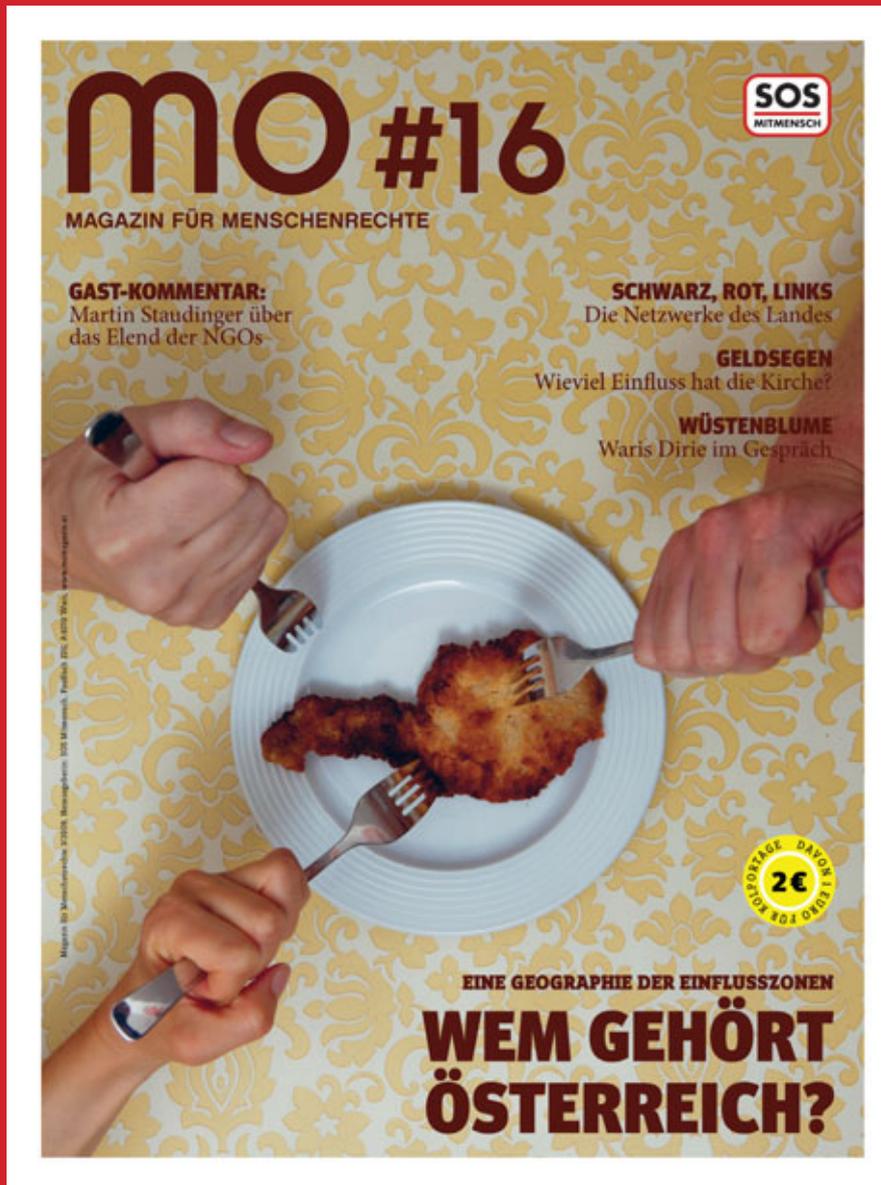
ZUR PERSON

Claus J. Raidl

Claus J. Raidl studierte Wirtschaftswissenschaften in Wien. Er war Vorstandsmitglied der ÖIAG und übernahm Führungspositionen bei der VOEST-Alpine und der Austrian Industries. Seit 1991 ist Raidl Vorstandsvorsitzender der Böhler-Uddeholm AG, seit 2008 ist er Präsident der OENB.



Claus J. Raidl ©voestalpine AG



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

COMBI-ABO

Wenn Sie MO AbonnentIn sind
können Sie THE VIENNA REVIEW zum Preis
von 15 Euro / Jahr abonnieren.
Ein Combi-Abo beider Medien kostet
22 Euro / Jahr.

CHANCEN GLEICHHEIT IST ILLUSION

Wer trifft in Demokratien die Entscheidungen, wer verfügt nur über symbolische Macht? Ein Gespräch über die Spitzen der Gesellschaft mit dem Elitenforscher Michael Hartmann.

Interview: Cathren Müller

Foto: Hannes Rist



In jüngster Zeit sind Eliten in das öffentliche Blickfeld gerückt. Wer oder was verbirgt sich aber hinter diesem Begriff der Elite? Sind das einfach jene, die Macht haben?

Nein, das lässt sich so nicht sagen. Zur Elite gehören diejenigen, die aufgrund ihrer Position in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz Entscheidungen treffen können. Also all jene, die die Gesellschaft insgesamt beeinflussen. Die herrschende Klasse und die Elite können Überschneidungen haben, die Mitglieder der herrschenden Klasse besetzen aber nicht notwendig auch alle Elitepositionen und umgekehrt. Für die politische Elite gilt, dass man so lange dazu gehört, wie man ein hohes politisches Amt besetzt. Demgegenüber ist die Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse dauerhafter. Man ist in bestimmten Kreisen verwurzelt und hat oft familiäre Bindungen. Die Eliten sind auch zahlenmäßig kleiner, in Deutschland zählen etwa 4.000 Personen dazu.

Woher kommen Eliten?

Es gibt drei Gruppen: die sozialen Aufsteiger, das Umfeld und die Angehörigen der herrschenden Klasse. Ferdinand Piech oder Martin Blessing (Vorstandsvorsitzender der Commerz-Bank, Anm.) sind sowohl zentrale Mitglieder der herrschenden Klasse als auch Angehörige der Wirtschaftselite. Jeder dritte Bundesverfassungsrichter gehört traditionell zur herrschenden Klasse. So war schon der Vater des Verfassungsrechtlers Paul Kirchhof am Bundesgerichtshof und sein Bruder war Mitglied im Schattenkabinett der CDU. Jemand, der nicht bereits familiär zur herrschenden Klasse gehört, kann Elitepositionen nutzen, um vielleicht irgendwann einmal dazuzugehören. Dafür bietet sich vor allem die Politik an.

Wer verfügt schließlich über die reale Macht?

Strukturell die herrschende Klasse, aber unmittelbare Entscheidungen werden zumeist von den Eliten getroffen. In der Wirtschaft

ist das weitgehend identisch, in der Politik ist die Aufgabenteilung am meisten ausgeprägt, denn dort müssen auch Interessen der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden. Auch die herrschende Klasse muss mit politischen Entscheidungen zunächst einmal leben.

Es scheint, als wäre die Politik lange Zeit für die herrschende Klasse unattraktiv gewesen. Warum hatte sich die Upperclass lange Zeit aus der Politik zurückgezogen?

Das hat unter anderem historische Gründe. Nach zwei verlorenen Kriegen war die herrschende Klasse in Deutschland diskreditiert. Ein großer Teil hat sich auf die Wirtschaft beschränkt und eher indirekt Einfluss ausgeübt. Das war bis etwa 1989 so. Seither engagiert sich die herrschende Klasse wieder stärker direkt und beeinflusst nicht nur indirekt politische Entscheidungen.

Was ist das Problematische an Eliten, die Ämter sind ja dazu da, Einfluss auszuüben? Eliten haben die Tendenz, sich überwiegend



Hartmann: Die Upperclass kehrt nach Jahrzehnten wieder in die Politik zurück.

ZUR PERSON

Michael Hartmann

Michael Hartmann gilt als einer der renommiertesten Elitenforscher des deutschsprachigen Raums. Er ist Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. In seiner viel diskutierten Studie „Der Mythos von den Leistungseliten“ untersuchte Hartmann den sozialen Hintergrund von Repräsentanten aus Eliten der Wirtschaft, der Politik und der Wissenschaft. Zuletzt erschienen: „Eliten und Macht in Europa.“ Frankfurt 2007, Campus.

aus dem Bürger- und Großbürgertum zu rekrutieren. In Wirtschaft, Justiz und Verwaltung war das schon immer so, in der Politik ist es in Deutschland erst seit einigen Jahren zu beobachten. Das bringt eine bestimmte Sichtweise auf gesellschaftliche Entwicklungen und auch handfeste Interessen mit sich. In den USA beobachten wir seit 1945 einen eindeutigen Zusammenhang von Einkommensverteilung und Herkunft der politischen Elite. 1945 bis ca. 1980 hatten wir eine überwiegend kleinbürgerliche politische Elite und – für die USA – sehr ausgeglichene Einkommensverhältnisse. Ab 1980 finden wir eine drastisch veränderte Zusammensetzung der politischen Elite mit wesentlich mehr Angehörigen der Upper- und der Uppermiddleclass, die seither die Politik dominieren. Die Kluft zwischen den Einkommen wurde im gleichen Zeitraum drastisch größer. Generell gilt: Je exklusiver Eliten sich zusammensetzen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Einkommen weit auseinanderliegen.

Woher kommt diese Nähe von Wirtschaft und Politik?

Die Mitglieder der Wirtschaftselite und die führenden Politiker haben in den USA und neuerdings auch in Deutschland vielfach einen ähnlichen Hintergrund, sie wachsen mit

„BILDUNG ÖFFNET NICHT DEN WEG IN SPITZENPOSITIONEN“

ähnlichen Denkmustern auf. Bei politischen Konflikten legt schon ihre Herkunft eine bestimmte Entscheidung nahe. Die Politik reagiert jetzt in der Krise sehr vorsichtig, sie erwartet kein radikales Umdenken von der Wirtschaft.

Dominiert die wirtschaftliche Elite die politische?

Es gibt eine gewisse Dominanz der wirtschaftlichen Elite, weil diese aufgrund ihrer engeren Verknüpfung mit der herrschenden Klasse

mehr Konstanz hat als die politische. Wenn wir eine Sozialdemokratie hätten, die ernsthaft versuchen würde, die Wirtschaft zu regulieren, hätten wir zwischen beiden auch größere Konflikte. Die politische Elite macht das aber nicht. Erstens, weil ihre Herkunft anders ist als früher, und zweitens, weil es keine politischen Bewegungen gibt, die der wirtschaftlichen Elite entgegengetreten. Das heißt, die politische Elite unterliegt keinem Druck von außerhalb des Parlaments und rekrutiert sich mittlerweile aus ähnlichen Kreisen wie die Wirtschaftselite.

Wenn es Eliten und herrschende Klassen gibt, die die Gesellschaft formen: Ist die Idee von Chancengleichheit durch Bildung dann eine Illusion?

Wenn man glaubt, auf diesem Wege die Gesellschaftsstrukturen gravierend verändern zu können, muss das mit Ja beantwortet werden. Bildung öffnet Wege in mittlere Positionen und den Aufstieg in qualifizierte Expertenpositionen, aber nicht Wege in Spitzenpositionen.



Finanzkrise: Solidarbeitrag gefordert.

DIE SOZIALE HÄNGEMATTE DER REICHEN

Zwei Prozent der Weltbevölkerung besitzen die Hälfte des gesamten Vermögens. Macht die Finanzkrise die Welt nun gleicher?

Text: Martin Schürz, Beat Weber



Die Pflichtnahme der Reichen heißt: Vermögensbesteuerung zulassen!

Nett eingerichtet: Immobilien als Vermögensanlage. ©vacando

Nimmt man die Häufigkeit der medialen Berichterstattung zum Indikator, scheinen die Reichen die Hauptopfer der Finanzkrise zu sein: Die Vermögenden verzeichneten infolge der Finanzkrise Bewertungsverluste bei ihren Aktien und ihrem Immobilienvermögen. Vor der Krise besaßen zwei Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Hierzu zählen Aktien, Anleihen, Sparbücher, Unternehmensanteile, Immobilien und Grundstücke. Macht die Finanzkrise die Welt nun gleicher?

Aus der neuen Forbes-Liste erfahren wir, dass die Milliardäre im Schnitt vorübergehend 30 Prozent ihres Vermögens einbüßten. Microsoft-Gründer Bill Gates verlor 18 Milliarden Dollar, sein Vermögen schrumpfte auf immer noch gigantische 40 Milliarden.

Auch Österreichs Millionäre sind ärmer und weniger geworden, ihre Zahl hat sich laut der Zeitschrift „Trend“ um zehn Prozent auf 70.100 verringert. Ein im „Trend“ zitierter Privatbanker schätzt die Buchverluste seiner Klientel auf rund zehn Prozent des Vermögens. Damit haben die Reichen im Schnitt

aber maximal die Zuwächse der letzten fünf Jahre eingebüßt.

Doch an die Substanz gehen diese Verluste am Papier nicht. Wenn es an der Börse wieder aufwärts geht, verflüchtigen sie sich von alleine. Es lohnt ein nüchterner Blick auf das Vermögen der Reichen: Laut US-Notenbank ist die Vermögensungleichheit seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich gestiegen. Das oberste Prozent der Bevölkerung besitzt in den USA mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens, die nächsten neun Prozent besitzen 38 Prozent. Und der Rest, das sind 90

Die zehn reichsten ÖsterreicherInnen

1. Familie Piëch, Porsche
 2. Flick Erben (Friedrich Karl parkte Milliarden Euro in einer Stiftung in Österreich, weil Kapitaleinkünfte hier geringer besteuert werden)
 3. Dietrich Mateschitz, Red Bull
 4. Alois Liechtenstein und Familie
 5. Johann Graf, Novomatic Glücksspielkonzern
 6. Karl Wlaschek und Familie, Billa-Gründer, Immobilien-Investor
 7. Heidi Horten, Erbin des Kaufhaus-Milliardärs Helmut Horten
 8. Spar Handelskette Österreich (in Besitz von 14 Familiendynastien)
 9. Swarovski Clan
 10. Familie Kahane, Veitscher Magnesitwerke, Donau Chemie AG
- (Quelle: Trend, August 2009)

Die entscheidende Frage ist: Gelingt es der Gesellschaft, die Reichen aus der sozialen Hängematte heraus und zu einem Solidarbeitrag zu bewegen?

Prozent der Bevölkerung, muss sich mit etwas über einem Viertel des gesamten Vermögens begnügen.

Verursacher besteuern

Und wie sieht die Vermögensverteilung in Österreich aus? Auch hier liegt eine markante Konzentration des Vermögens vor. Die obersten zehn Prozent haben einen Anteil von 54 Prozent am gesamten Geldvermögen und sogar von 61 Prozent beim Immobilienvermögen.

Bei jeder medialen Debatte über eine all-fällige Vermögenssteuer wird die Lichtfigur



Gut gefahren: Sportwagen- und SVU-Zuwächse eklatant © Porsche

des „kleinen Häuslbauers“ als mögliches Opfer identifiziert. Die Hälfte der ÖsterreicherInnen besitzt jedoch gar kein Immobilienvermögen. Mit einem Haus, das 450.000 Euro wert ist, zählt man bereits zu den vermögendsten fünf Prozent. Das reichste eine Prozent aller privaten Haushalte besitzt um die 200 Milliarden Euro an Immobilienvermögen. Bei echtem Vermögen geht es aber nicht um den Hauptwohnsitz, also um lebensnotwendige Unterkünfte. Es sind die zusätzlichen Liegenschaften der Reichen, die wirklich viel ausmachen. Die Schreber-

gärten und Wochenendhäuser der MieterInnen machen nur einen minimalen Anteil von 2,4 Prozent des gesamten Immobilienvermögens in Österreich aus.

Die breite Bevölkerung hingegen hat kaum nennenswertes Geldvermögen und daher auch nur geringe Vermögenseinkommen. Die meisten sind nahezu ausschließlich auf ihr Lohnarbeitseinkommen angewiesen. Mit der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit verlieren viele auch diese Einnahmenquelle. Die entscheidende Frage ist: Gelingt es der Gesellschaft, die Reichen aus der sozialen Hängematte heraus und zu einem Solidarbeitrag zu bewegen?

An massiven Steuererhöhungen für die Vermögenden führt in der aktuellen Lage kein Weg vorbei, wenn der Wohlfahrtsstaat bewahrt werden soll. Und rational kalkulierende Reiche sollten ahnen, dass ein Vermögenssteuerbeitrag eine einträgliche Investition in eine sozial verträgliche Zukunft wäre. Schon eine Steuererhöhung im Ausmaß eines

Bruchteils dessen, was die Finanzkrise bei den Reichen an Vermögensschrumpfung geleistet hat, würde einen Quantensprung bei der Finanzierung von Pflege und Armutbekämpfung bedeuten. Dieser Beitrag zur Bewältigung der Folgekosten der Krise entspräche dem Verursacherprinzip. Denn die enorme Ausweitung der Veranlagungsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten, deren verhee-

rende Konsequenzen nun die gesamte Gesellschaft zu tragen hat, ist im Interesse der Vermögenden zustande gekommen.

Gespendet wird zum überwiegenden Teil für Museen, Opern, Ausstellungen. Das sind Investitionen in jene Kulturinstitutionen, in denen sich Reiche gerne sehen lassen.

Geringe Vermögenssteuer

Reichtum gefährdet eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenhalt. Während Armut geringere soziale Teilhabemöglichkeiten und eine bescheidenere politische Mitgestaltung impliziert, bedeutet Reichtum ein Übermaß an politischen Einflussmöglichkeiten gekoppelt mit der Möglichkeit, sich gesellschaftlichen Ansprüchen zu entziehen. Die freiwillige soziale Ausgrenzung der Reichen erfolgt über Privatkinderkärten und -schulen, eine private Gesundheitsvorsorge und ein Leben in privat gesicherten Wohngegenden. Von Armut unabhängiger Reichtum ist eine Fiktion. Auch bei Bildung und Gesundheit erfolgt Privilegierung stets auf Kosten von anderen. Die demokratischen Missbrauchsmöglichkeiten von Reichen erstrecken sich über Lobbying, Ausübung von Medienmacht bis zu privater Nähe zu politischen EntscheidungsträgerInnen. Reiche rechtfertigen ihren Reichtum oft über eine gemeinnützige Tätigkeit. 2007 waren in

den USA 200 Milliarden Dollar an Zuwendungen der Reichen für wohltätige Zwecke zu registrieren. Dies mag auf den ersten Blick viel scheinen. Doch der frühere US-Arbeitsminister Robert Reich betont, dass nur zehn Prozent der Wohltaten an Arme gespendet wurde. Das heißt, dass zum überwiegenden Teil für Museen, Opern und Ausstellungen gespendet wird. Das sind Investitionen in jene Kulturinstitutionen, in denen sich Reiche gerne sehen lassen. Das Vertrauen auf individuelle Güte mancher Reicher ist kein adäquater Ersatz für eine Vermögensbesteuerung.

Der wirtschaftspolitische Umgang in Österreich mit dem Thema Vermögenssteuer ist uninformiert und jener zum Thema des Reichtums weitgehend symbolischer Natur. Dicke Dienstwagen und fette Boni stecken den Denkhorizont ab. In der Finanzkrise ist eine zeitweilige symbolische Degradierung der Reichen durch die Politik angesagt. Davon profitieren aber insbesondere die Reichen, weil es ihnen ermöglicht, billig durch die Krise zu kommen. Ostentative Luxusscham und neue Bescheidenheit der Reichen helfen sicherzustellen, dass keine substantielle Vermögenssteuer kommt. Die Reichen beweisen im Umgang mit dem eigenen Versagen ihr Vermögen. Und die WirtschaftspolitikerInnen demonstrieren in Zeiten des Finanzkapitalismus politischen Überlebensinstinkt. Sie bewegen sich auch in finsternen Zeiten nicht aus dem Schatten der Mächtigen und lehnen eine Vermögenssteuer ab.

www.focus.de/finanzen/news/milliardaers-rangliste-die-10-reichsten-menschen-der-welt_did_22399.html



Gotteshäuser sind zumeist ungeheizt. Das müsste nicht sein. ©Karin Wasner

DIE WELTLICHE SEITE DER KIRCHE

Wälder, Landwirtschaft, Spitäler, Schulen, eine Bank und ein Pressehaus. Die katholische Kirche mag in gesellschaftspolitischen Fragen an Einfluss verloren haben, doch materiell gesehen ist sie gut aufgestellt.

Text: Mark Hammer



Prächtige Anlagen im Besitz der Kirche: © Benediktinerstift Admont

Es gibt vermutlich nicht viele Unternehmer, die gleichzeitig Wein keltern, Holzböden herstellen, Gäste in einem Schloss beherbergen und Strom produzieren. Das Stift Admont ist so ein Fall. Es besitzt sechs Wasserkraftwerke, einen Baubetrieb, Gärtnereien, eine Apotheke und Restaurants. Dafür stellt es circa 500 Mitarbeiter an. Der Holzverarbeitende Betrieb ist einer der größten Arbeitgeber in der Region.

Christliche und Geldwerte

Die katholische Kirche ist nicht nur spirituelle Anlaufstelle, sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor: Sie besitzt Betriebe, vergibt Bauaufträge und veranlagt – wie jede Institution – Geld am Finanzmarkt. Doch ob die Kirche arm oder reich ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. „Die Kirche wird tendenziell ärmer“, sagt etwa der Theologe Paul Zulehner. „Die österreichische Kirche ist sicher nicht arm“, sagt hingegen seine Kollegin Regina Polak, Institutsvorständin der praktischen Theologie. Dabei gehört der katholischen Kirche hierzulande sogar eine Bank – Schelhammer & Schattera. Knapp über 85 Prozent an ihr halten die Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften, Stifte, Klöster und Diözesen. Die Bank wirbt mit christlichen Werten, ethischem Invest-

ment und Nachhaltigkeit. Ein Ethikbeirat, eine Ratingagentur für nachhaltiges Investment und Wirtschaftsprüfer sollen garantieren, dass das Geld mit gutem Gewissen angelegt wird.

Die Bank selbst ist wiederum an anderen Firmen beteiligt – darunter auch an den Casinos Austria, an denen Schelhammer & Schattera circa fünf Prozent hält. Erst vor wenigen Wochen kam die katholische Pax-Bank in Deutschland unfreiwillig in die Medien: Sie hat Fondsgelder bei Rüstungs-, Tabak- und Verhütungsmittelherstellern angelegt – und diese Anteile nach den Medienberichten rasch wieder verkauft. Für Helmut Jonas, den Generaldirektor von Schelhammer & Schattera ist die Casino-Beteiligung aber kein Widerspruch zu den ethischen Zielen: Immerhin würden die Casinos auf

Auch bei Medien spielen oder spielten Kirchen eine bedeutende Rolle.

zu hohe Spielverluste mit Restriktionen reagieren. Laut Erich Leitenberger, Direktor des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit der Erzdiözese Wien, gibt es für Geld, das die Kirche anlegt, präzise Vorschriften über ethisches In-

vestment. Die Kirche investiere eher sicher und daher seien auch die Verluste durch die Finanzkrise minimal. Aber nicht jeder Katholik ist mit dem Anteil der Kirchenbank an den Spielhöllen glücklich. „Mir wäre lieber, es wäre nicht so. Menschen verschulden sich dort und es ist moralisch nicht vertretbar, aus Leid Geld zu verdienen.“, sagt Hans Peter Hurka, Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“.

Bei Medien gut im Geschäft

Da es über den neun Diözesen keine zentrale Stelle gibt, lässt sich nicht sagen, wie viel Land „die Kirche“ besitzt oder wie viele Personen sie beschäftigt. Dazu gibt es nur vereinzelt Auskunft. Einnahmen aus Land- und Forstwirtschaft sind vor allem für Klöster und Stifte bedeutend. Sie leben davon und finanzieren so seelsorgerische und soziale Aktivitäten. Die Diözese Graz-Seckau etwa besitzt 10.000 Hektar. Das entspricht circa einem Prozent der steirischen Waldfläche. Aus den hauptsächlich forstwirtschaftlichen Erträgen werden 20 Prozent der Priestergehälter bezahlt. Alleine in der Verwaltung der Erzdiözese Wien arbeiten 1.000 Angestellte; nochmal so viele in den Pfarrgemeinden. Dazu kommen die Mitarbeiter der Caritas – meist so viele oder mehr wie jene der Diöze-

Paul Zulehner: Derzeit wird Untergang verwaltet, statt Übergang gestaltet.



chen eine bedeutende Rolle. Ende des 19. Jahrhunderts gründeten Katholiken und Diözesen Pressvereine. „Sie verstanden sich als Gegenpol zur liberalen Wiener Presse, in der extrem kirchenfeindliche Freidenker die öffentliche Meinung dominierten“, steht dazu auf der Webseite des Niederösterreichischen Pressehauses. Leitenberger zufolge sind die meisten Vereine verschwunden oder spielen heute nur mehr eine rudimentäre Rolle. Mit zwei Ausnahmen: dem niederösterreichischen Pressehaus und der Styria Media Group.

Das Niederösterreichische Pressehaus gehört zu 54 Prozent der Diözese St. Pölten, weitere 26 Prozent hält der Pressverein der Diözese. Zum Pressehaus gehören unter anderem die Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN), die Burgenländische Volkszeitung und das Fernsehmagazin tele. Über die Ziele der NÖN heißt es, sie haben „gemäß den Statuten des Pressvereins aus christlichem Geiste zur Information und zur Bildung der Bevölkerung und zur Förderung des Gemeinwohles beizutragen.“ Die Styria Media Group (Presse, Furchen, Kleine Zeitung, Diva, Wiener) gehört der Katholischen Medien Verein Privatstiftung, laut Leitenberger ein säkularer Verein, den Katholiken in eigener Verantwortung tragen. Der Grazer Diözesanbischof Egon Kapellari habe lediglich die Ehrenfunktion des Protektors. Auch von Seiten der Diözese wird betont, dass es keinerlei juristische Verbindung zu Styria gebe.

Imageprobleme

Doch inwieweit beeinflusst die Kirche auch die Politik? „Der direkte Einfluss auf Politik und Wirtschaft ist im Moment eher schwach und im Abnehmen“, sagt Zulehner. Der Rechtsphilosoph Richard Potz meint: „Zu Themen des Straßenverkehrs fragt man ÖAMTC und ARBÖ, zu gesellschaftlichen Fragen eben die Kirche“. Sie habe ihren zivilgesellschaftlichen Einfluss so wie jede Interessensvertretung auch. Die Trennung von Kirche und Staat ist Potz zufolge in Österreich nicht so stark wie etwa in Frankreich ausgeprägt, wo sie aus allen gesellschaftlichen

Bereichen ausgeschlossen ist und es keinen Religionsunterricht und keine Förderung für Kirchen gibt. Hierzulande zahlt der Staat die Gehälter der Lehrer an konfessionellen Schulen; es gibt Militär- und Gefängnisseelsorge, und die Kirche kann Gesetzesentwürfe begutachten.

Nicht jede/r sieht aber die Kirche als Instanz für gesellschaftliche Fragen. Hurka zufolge wird der Kirche in vielen Bereichen – etwa dem Thema Sexualität – die Kompetenz abgesprochen. „Die Kirche ist auf dem Image des Kirchenvolksbegehrens hängengeblieben – sexualneurotisch, frauenfeindlich, undemokratisch, vormodern“, sagt Zulehner, „derzeit wird der Untergang verwaltet, statt der Übergang gestaltet.“ Die Plattform „Wir sind Kirche“ versucht die Kirche zu mehr Offenheit zu bewegen – etwa bei Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Und sie setzt dabei auf einen finanziellen Hebel, den Kirchenbeitrag. Dieser ist nach wie vor die größte Einnahmequelle der Kirche. Wer unzufrieden ist, kann seinen Beitrag auf ein Treuhandkonto einzahlen. Hurka erhofft sich dadurch mehr Gesprächsbereitschaft von konservativen Kreisen.

Gesellschaftlich besser angeschrieben ist die Kirche bei sozialen Fragen: Die Caritas genießt einen guten Ruf, man traut der Kirche zu, mehr Solidarität gegenüber sozial Schwachen zu schaffen. „Die Menschen erwarten sich moralische und soziale Antworten. Zu Themen wie Zuwanderung, Randgruppen oder Alleinerziehenden würde ich mir sogar mehr Visionen von der Kirche wünschen“, sagt Polak. Auf der Suche nach Spiritualität hingegen verliere die Kirche an Boden. Die Menschen finden – vor allem in der Großstadt – andere geistige Quellen. Leitenberger freut sich dennoch über den Zulauf zur katholischen Kirche: „Es gibt niemanden, der jeden Sonn- und Feiertag so viele Menschen bewegt – ohne Gewinnspiele.“ 800.000 Menschen besuchen laut Leitenberger regelmäßig den Gottesdienst. 900.000 Menschen verfolgen die Messe über die elektronischen Medien.

se – und eine noch größere unbekanntere Zahl an ehrenamtlichen Mitarbeitern. Als Arbeitgeber spielt die Kirche vor allem im sozialkaritativen und im Gesundheitsbereich eine Rolle; 15 Prozent der Krankenhäuser etwa werden von der Kirche betrieben.

Turbulenzen löste der Besitz der Kirche in der Vergangenheit aus. Bis zur Regierungszeit Josephs des II., Ende des 18. Jahrhunderts, versorgte sich die Kirche über ihren Grundbesitz weitgehend selbst. Joseph der II. löste eine Reihe an Klöstern, Stiften und Kirchen auf und bildete einen Religionsfonds unter staatlicher Verwaltung, aus dem Kle-

Der Kirchenbeitrag ist nach wie vor die größte Einnahmequelle. Wer unzufrieden ist, kann auf ein Treuhandkonto einzahlen.

rus und Bauten der Kirche bezahlt wurden. Die Nationalsozialisten haben den Fonds beschlagnahmt und stattdessen den Kirchenbeitrag eingeführt. Nach 1945 bekam die Kirche ein Zehntel des alten Grundbesitzes zurück. Den Rest behielt der Staat, der dafür jährlich nach wie vor eine Kompensation zahlt.

Auch bei Medien spielen oder spielten Kir-

Rassismus

Seit Jahren kämpfen die schwarzen Communities in Wien und anderswo auf der Welt gegen diskriminierende Bezeichnungen in der Alltagssprache: auch gegen die Speisenbezeichnung „Mohr im Hemd“. Im Juni präsentierte der internationale Eishersteller Eskimo ein Produkt mit genau diesem Namen.

Nach wütenden Protesten stellte der Konzern die Werbekampagne ein, das Eis wird weiterhin produziert. Auf Facebook hat sich die Protestgruppe „Stop racist Unilever-Campaign in Austria“ gegründet. Das Sujet „Eskimomore“ wurde als Pickerl und Postkarte gedruckt, diese können unter anderem bei SOS Mitmensch bezogen werden.

www.sosmitmensch.at



ESKIMORE

auf **Eis** legen.



OMORE

**Solidarität ist
unsere Stärke**



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100

Studie: Französische Polizei mag HandtaschenträgerInnen

Sicherheitskontrollen in Paris erfolgen laut einer Studie nicht nach rationalen Kriterien: Ethnic Profiling, also die Verdächtigung aufgrund der Hautfarbe, ist weit verbreitet. Erfreuliches Detail: HandtaschenträgerInnen schlüpfen durch. *red, ©Karin Wasner*



FLÜCHTLINGSPOLITIK

Neuer Fünfjahresplan zur inneren Sicherheit der EU

Noch in diesem Jahr wird die EU den neuen Fünfjahresplan zur inneren Sicherheit verabschiedet. Das „Stockholm Programm“ soll der EU mehr Kompetenzen auch in den Bereichen Migration und Asyl bringen. Ein Resettlement-Programm soll Flüchtlingen, die etwa in den Mittelmeerstaaten um Asyl ansuchen, dauerhaften Schutz in einem sicheren Staat ermöglichen. NGOs forderten

verbindliche Schlüssel zur Verteilung auf die EU-Staaten, doch die EU-Kommission setzt hingegen auf Freiwilligkeit und finanzielle Anreize. Auf taube Ohren stößt auch das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR), das für einfachere Möglichkeiten der Familienzusammenführung innerhalb von EU-Staaten plädiert und auch mehr Rechte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

fordert. Stattdessen weitet die Kommission den Zugriff europäischer Strafverfolgungsbehörden auf die Fingerabdruck-Datenbank Eurodac aus. Im Namen der „Abwehr gegen Terrorismus und schwere Kriminalität“ will die EU „Daten von Asylsuchenden effizienter nutzen“. Das UNHCR und viele andere NGOs warnen vor einer weiteren Stigmatisierung von MigrantInnen. *klu*

Bleiberechts-Aktivist ist Bürgermeister

Man kann auch als Aktivist einer Bleiberechtsinitiative Bürgermeister werden. Manfred Michlmayr, der für „seine“ Asylfamilie Ganiji in Grein (OÖ) erfolgreich auch gegen die eigene Parteilinie gekämpft hat, stellte sich erstmals der Wahl und wurde mit 67 Prozent der Stimmen als SPÖ-Kandidat zum Bürgermeister gewählt. *red*

Reiche werden reicher. Kommt die Trendwende?

Weltweit zahlen Top-Verdiener immer weniger Steuern. In sechs Jahre sank der Spitzensteuersatz im Schnitt von 31,3 auf 28,9 Prozent. Staatliche Rettungspakete und steigende Verschuldung erhöhen nun den Budgetdruck. Irland erhöhte den Spitzensteuersatz um fünf Prozent, England plant eine Anhebung um zehn Prozent. *klu*

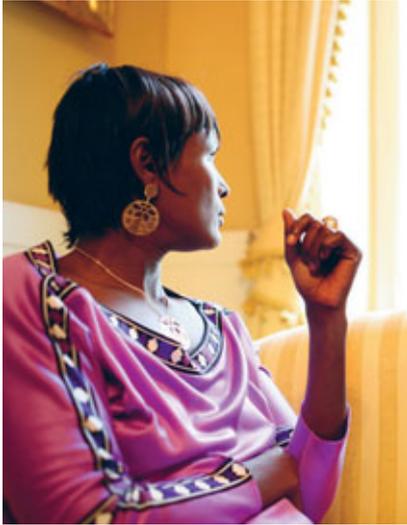
53 Deutsche erhielten in USA Asyl

Eine Aufstellung des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR zeigt, dass seit dem Jahr 1999 insgesamt 53 Deutsche Asyl in den USA erhalten haben. Die Motive sind nicht statistisch erfasst, die Anträge sollen aber u.a. wegen Fremdenfeindlichkeit sowie der Auslegung von Religions- und Meinungsfreiheit gestellt worden sein. *phs*



53 Deutsche in USA Asyl erhalten. Illustration: Karin Wasner

„Ich will keine Reaktionen auf den Film, sondern Aktionen!“



MENSCHENRECHTE

Die UNO hat mich zum Narren gehalten

Waris Dirie, von 1997 bis 2003 UN-Sonderbotschafterin gegen Genitalverstümmelung, fühlt sich in ihrem Kampf in Stich gelassen. Sie fordert Taten statt hohler Bekenntnisse. Kürzlich lief mit „Wüstenblume“ die Verfilmung ihres Lebens in den Kinos an.

INTERVIEW: MARIA STERKL, BILDER: KARIN WASNER

Das Interview findet im Hotel Sacher statt. Vor der Suite von Waris Dirie arbeitet zufällig gerade eine Putzfrau. Dirie spricht sie an, erkundigt sich nach ihrer Person und fordert sie dann auf, sich mit ihr beim Fotoshooting ablichten zu lassen. Nach der vierten Aufforderung willigt die etwas verunsicherte Frau aus Indien schließlich ein. Offenbar fühlte Dirie eine Seelenverwandtschaft, wie sie auf die erste Frage antwortete.

Frau Dirie, es war Ihnen wichtig, hier im Hotel Sacher mit einer Putzfrau abgelichtet zu werden. Während des Fotoshootings sagten Sie der Dame, sie solle nach Hause fahren. Warum das?

Diese Frau hat ihre Familie drei Jahre lang nicht gesehen, also soll sie heimfahren, nach Indien. Und dann wieder zurückkommen und hier arbeiten. Sie vermisst ihre Familie, und ich kenne dieses Gefühl. Ich sehe ihre Augen und fühle ihr Elend. Also will ich dieses Foto mit ihr, es bedeutet mir viel.

Vor kurzem ist „Wüstenblume“ in den Kinos angelaufen, darin wurde Ihre Biogra-

phie verfilmt. Ging das Projekt auf Ihre Idee zurück?

Nein. Neun Jahre lang sind sie mir nachgerannt, die passende Person für dieses sensible Thema hatte ich aber nie gefunden. Mit der Filmemacherin Sherry Hormann hatte ich jedoch ein gutes Gefühl. Sie hat wirklich gute Arbeit geleistet.

Was hat Sie an den früheren Angeboten gestört?

Sie kamen von reichen und berühmten Männern. Und ich sagte: Hey, hier geht es nicht um Geld.

Welche Reaktionen soll der Film bewirken?

Ich will keine Reaktion – sondern Aktion. Die Leute sollen sagen: „Oh Gott. Dass so etwas wirklich passiert, stimmt das?“ Jeder Mensch soll erkennen: Genitalverstümmelung ist ein Verbrechen.

Tun europäische Staaten genug gegen FGM?

Absolut nicht. Ich bin sehr enttäuscht von den PolitikerInnen. Von den europäischen, und von den afrikanischen erst recht. Alle

PolitikerInnen sind gleich. Ich glaube ihnen nicht, ich vertraue ihnen nicht.

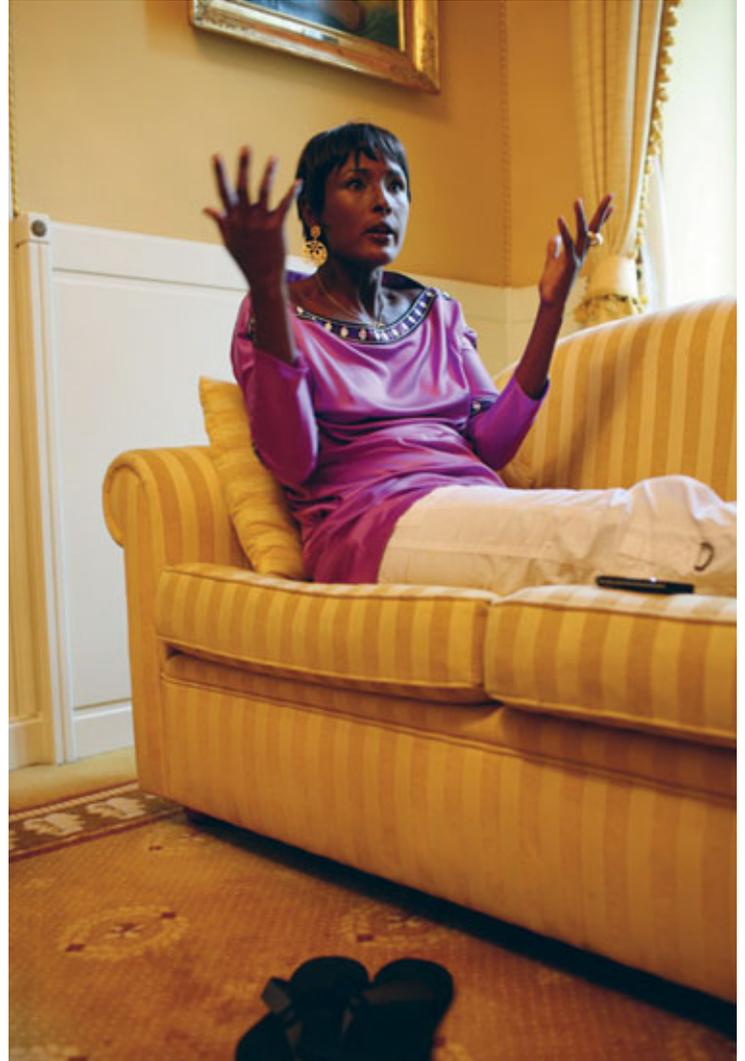
Auch nicht den Vereinten Nationen, deren Sonderbotschafterin Sie waren?

Denen schon gar nicht. Es gibt Statistiken darüber, wie viele Mädchen täglich verstümmelt werden. Seit ich diese Mission begonnen habe, sind es die gleichen Zahlen. Seit zehn Jahren! Es wird nicht recherchiert, es interessiert sie einfach nicht. Ich habe mit ihnen gearbeitet, aber sie haben mich zum Narren gehalten.

Welche Verantwortung hat die EU, was FGM in afrikanischen Staaten betrifft?

Wenn man afrikanischen Staaten helfen will, dann muss man in Bildung investieren. Es ist sinnlos, Reissäcke abzuwerfen. Europa muss etwas tun. Denn die Leute kommen alle zu euch! Was immer dort passiert: Es geht euch hier an. Wir sind alle Menschen, wir haben nur einen Planeten, also müssen wir einander helfen. Das ist nicht „euer“ oder „unser“ Problem. Sondern unser aller Problem.

Seit 12 Jahren kämpfen Sie gegen FGM. Sehen Sie Erfolge?



„Wenn man afrikanischen Staaten helfen will, muss man in Bildung investieren.“

ZUR PERSON

Waris Dirie

Waris Dirie wurde 1965 in Somalia in eine Nomadenfamilie geboren. Im Alter von fünf Jahren wurde sie genital verstümmelt. Eine Tortur, an der eine ihrer Schwestern starb. Als sie mit 13 Jahren an einen alten Mann verheiratet werden sollte, wagte sie die Flucht. Ohne den Weg zu kennen, schlug sie sich nach Mogadischu durch. Eine Tante vermittelte sie als Haus-

gehilfin nach London. Dort begann ihre Karriere als Model. 1997 sprach Dirie erstmals öffentlich über ihre Verstümmelung, bis 2003 war sie als UN-Sonderbotschafterin gegen FGM (female genital mutilation) tätig. Heute lebt die Mutter zweier Kinder in Polen, von wo aus sie die Aktivitäten ihrer Anti-FGM-Initiative, der Waris Dirie Foundation, steuert.



Hotel Sacher: Dirie fordert beim Interview Angestellte auf, sich mit ihr ablichten zu lassen.

Waris Dirie:
„Wir leben alle auf dem selben Planeten, sollten frei sein, hinzugehen, wohin wir wollen!“

Wenn ich nicht gewesen wäre, würden Sie jetzt nicht hier sitzen und mich interviewen. Sie würden nämlich gar nichts über FGM wissen. Viele afrikanische Regierungen haben FGM verboten. Aber manche Staaten rudern jetzt auch zurück: Weil sie Frauen so besser kontrollieren und unterdrücken können. Und das ist ja der einzige Grund, warum FGM überhaupt existiert.

Bekommen Sie genug Unterstützung?

Nein. Ich kriege keinen Penny, ich mache das ganz allein. Aber aus jedem Land kriege ich Informationen und Hilferufe. Vor einem Monat rief mich dieses kleine Mädchen aus Deutschland an. Es sagte, sie habe eine Schwester, die schon verstümmelt wurde. Und sie selbst werde die nächste sein. Ich sprach drei Tage lang mit ihr. Dann wurde das Jugendamt beigezogen, die Eltern wurden überzeugt. Und jetzt geht es ihr gut. Sehen Sie? Ich kämpfe ganz allein. Und es ist nicht fair, dass ich das alleine schaffen soll. Ich habe auch ein Leben. Ich habe zwei Kinder.

Werden Sie dem Thema einmal den Rücken kehren?

Solange das nicht besser wird, eher nicht.

Sollte die Bedrohung durch FGM ein verpflichtender Asylgrund sein?

Ja, das sollte es schon längst. Wenn eine Frau hierher kommt, sollte sie nicht nur einen Asylbescheid bekommen, sondern auch einen Platz, wo man sich um sie kümmert. Wo sie genügend Bildung erhält, um auch die anderen Immigrantinnen aus Afrika zu unterrichten. Schließlich passiert FGM auch in Europa.

Alle Frauen, die von FGM betroffen sind, aufzunehmen, hieße, dass fast alle somalischen Mädchen und deren Eltern Recht auf Asyl hätten.

Ja und? Und warum überhaupt Asyl? Warum können sie nicht einfach herkommen? Wenn Sie in mein Land kommen, werde ich Sie willkommen heißen! Ich würde nicht einsehen, warum Sie auf dem Boden kriechen sollten, damit irgendwer Sie aufnimmt. Wir leben alle auf demselben Planeten, wir sollten frei sein, hinzugehen, wohin wir wollen! Diese Diskriminierung bringt uns um. Sie zerstört unsere Welt.

Warum fürchtet sich die EU so vor afrikanischen Einwanderern?

Es ist keine Angst, sondern Rassismus. Sie wollen keine Menschen aus anderen Ländern haben und schon gar nicht Menschen aus Ländern, die schwere Probleme haben.

Sind bestimmte islamische Strömungen verantwortlich für FGM?

Fragen Sie mich nicht über Religion. Ich mag keine Religionen und ich glaube nicht daran. Nächste Frage.

Sind Sie Feministin?

Nein! Ich liebe alle Menschen. Ich liebe Männer. Darum kämpfe ich ständig gegen sie.

Feministin zu sein, heißt doch nicht, gegen Männer zu kämpfen.

Sondern?

Für die Rechte der Frauen.

Alle haben Rechte. Männer, Frauen, Bäume,

Blumen. Alles, was Leben hat, muss respektiert werden.

Lässt sich vermeiden, dass mit der Abschaffung von FGM Frauen durch andere Praktiken weiter sexuell kontrolliert werden?

Wissen Sie, die Rechte von Frauen werden so oft verletzt. Nicht nur FGM, sondern auch Zwangsheirat, Männer, die ihre Frauen schlagen, Vergewaltigungen, Mord. Alles gegen Frauen. In wessen Namen, wozu?

Vor dem Interview meinten Sie, Sie hätten schlechte Erfahrungen mit NGOs gemacht. Welche waren das?

Über NGOs will ich gar nicht reden. Manche von ihnen sind gut. Aber die meisten wollten nur mein schwarzes Gesicht und haben zu wenig gegen FGM getan.

Auch Ihre Foundation ist eine NGO.

Meine Foundation tut etwas. Ich bilde und informiere Menschen. Wissen Sie, wie viele E-Mails ich aus der ganzen Welt bekomme? Und ich werde weitermachen. Wenn ich mit dieser Filmpromotion fertig bin, will ich an jede Universität dieser Welt gehen und junge Menschen informieren.

Sie leben jetzt in Polen. Fehlt Ihnen Wien?

Ich vermisse Wien sehr. Bis auf eine Sache.

Die wäre?

Diese verdammte Hundescheiße. Die ist überall! Ich glaube, die Wiener haben mehr Hunde als Kinder. Schafft euch doch endlich mehr Kinder an!

**INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE**

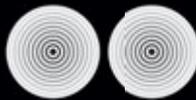
**this human
world**

**3.-13.
DEZEMBER
2009**

**TOPKINO
SCHIKANEDER
BURG KINO**

www.thishumanworld.com

this
human
world



**NGO-BUILDING**

Recht auf Bildung

In der Kleinstadt Obala in Kamerun entstand ein Ausbildungszentrum für Waisenmädchen. Der Verein wirbt für Spenden, ohne die Frauen in Opferrollen zu drängen. Über bürokratische Hürden und Wege aus Armut und Gewalt. berichtet Obfrau Viviane Tassi Bela.

TEXT: VIVIANE TASSI BELA, BILDER: VIVIANE TASSI BELA, MARTIN WASSERMAIR

Auf den staubigen Straßen nach Obala zeigen sich Hitze und Luftfeuchtigkeit von ihrer unerbittlichsten Seite. Im Februar ist kaum Wind zu spüren. 25 Reisende drängen in den Kleinbus, darunter viele junge Frauen, die am Markt in Obala Gemüse und Lebensmittel verkaufen wollen. Mit einem Lächeln im Gesicht blicken sie in eine ungewisse Zukunft – und starren dabei ins Leere. Eine unter ihnen wollte immer Ge-

schichte studieren. Die neben ihr hatte den Plan, Lehrerin zu werden, und eine andere wiederum träumte davon, Schneiderin zu werden. Das Leben dieser Frauen hat sich anders entwickelt. Ohne Geld, ohne staatliche Unterstützung, ohne Vitamin-B, vor allem ohne Respekt vor persönlichen Rechten besteht in Kamerun kaum eine Möglichkeit, der Armut zu entkommen. Zwei Euro bringen die jungen Frauen durch den Verkauf von

Gemüse nach Hause. „Morgen ist ein anderer Tag“, trösten sie sich darüber hinweg.

Recht, nicht Hilfe

Nicht wenige dieser jungen Frauen hatten bereits eine Ausbildung, teils auch ein Studium begonnen. Durch den Tod ihrer Eltern waren sie aber nicht in der Lage, ihre Lehren abzuschließen. Das liegt daran, dass in Kamerun soziale Einrichtungen fehlen, die den



Straßenszenen aus Obala, einer 30.000 Einwohnerstadt im Süden Kameruns

Bildungszugang auch für sozial benachteiligte Jugendliche gewährleisten. Deshalb haben wir uns entschlossen, den „Verein Zukunft und Bildung für Waisenkinder“ zu gründen. Weil alle Jugendlichen ein Recht auf Bildung und auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Im vergangenen September eröffneten wir in der 30.000 Einwohnerstadt Obala im Süden des Landes ein Ausbildungszentrum, in dem zehn Waisemädchen das Textilhandwerk erlernen. Sie werden schon bald in der Lage sein, der Spirale aus Armut, Zukunftsangst und Krankheit zu entkommen und somit ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Denn das Recht auf Bildung ist immer noch keine Selbstverständlichkeit, vor allem, weil hier in Kamerun selten über „Rechte“ gesprochen wird. Das Wort wird in erster Linie mit Unruhe und Unsicherheit in Verbindung gebracht.

Im Gespräch meint eines der Mädchen im Bus hinter vorgehaltener Hand: „Alles was ich mir wünsche, ist ein bisschen Hilfe, damit ich wieder studieren kann.“ Auch sie spricht lieber von Hilfe als von Recht. Medien und Politik, aber auch einige NGOs trugen nach-

haltig dazu bei, dass diese Verschiebung in der Wahrnehmung zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Auf den Straßen der so genannten entwickelten Länder stoße ich oft auf Plakate namhafter spendenwerbender Organisationen, die Kinder und auch junge Frauen in einem zumeist miserablen und würdelosen Zustand zeigen. Fast nackt, abge-

In Kamerun wird selten über „Rechte“ gesprochen. Das Wort wird in erster Linie mit Unruhe und Unsicherheit in Verbindung gebracht.

magert und nicht selten von Fliegen übersät, flehen sie um Hilfe. Diese Bildsprache ist fatal. Die großflächigen Spendenappelle spielen bewusst mit Emotionen, damit großzügige Menschen, die über Rechte wie über ein Privileg verfügen, armen und traurigen Menschen eben Hilfe zuteil werden lassen. Das erweckt das Spendenherz!

Neue Bildsprachen

Dabei gerät schnell in Vergessenheit, dass – dem affizierten Unglück und den schweren Lebensbedingungen zum Trotz – in den Bildern oftmals eine, den Wohlstandsaugen zunehmend entfremdete, andere Form des Glücks zu erkennen ist. Es ist das Glück, noch lachen zu können und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft damit Ausdruck zu verleihen, auch wenn das Morgen immer unsicher bleibt. Wo aber zeigen diese Plakate Mädchen und Jugendliche von ihrer fröhlichen Seite? Ihr starker Wille, der Armut zu entkommen, wird nirgendwo abgebildet. Das Bedürfnis, die eigenen Rechte verwirklicht zu sehen, ist für Marketingstrategien nicht von Interesse. Hilfe bekommen immer nur die „Armen“. Die „Reichen“ in den wohlhabenden Regionen der Welt besitzen Rechte. Das ist die Botschaft, die von der Bilderflut letztlich übrig bleibt.

Die Ansprüche unseres Vereins lassen sich nur verwirklichen, wenn wir das nicht aus den Augen verlieren. Alleine die ersten Monate der Spendenwerbung haben gezeigt, dass die globale Krise zwar auch die Wohl-



Tischfußball, Markt in Obala: Jugendliche ohne Eltern haben kaum noch Chancen auf Bildung.



standswelt zunehmend erfasst, aber nicht notwendig die finanziellen Zuwendungen beeinträchtigt. Die öffentliche Förderung muss als weitgehend unzulänglich bezeichnet werden. Wenn Bildungsprojekte wie das Berufsausbildungszentrum für Waisenkinder in Obala (IPROC) etwa bei der ADA (Austrian Development Agency) eine Subventionsmöglichkeit für Mikroprojekte ausfindig machen, folgt auch schnell die Enttäuschung, weil der Förderhöchstbetrag von 5.000 Euro die 80-Prozent-Marke der Gesamtkosten nicht übersteigen darf. Das verfehlt die Erfordernisse derartiger Vorhaben bei weitem. Somit bleiben private Zuwendungen vorerst vorrangig.

Unserer Erfahrung zufolge waren vor allem die persönlichen Gespräche erfolgreich, weil es auf diese Weise am besten gelingt, das Projekt sehr konkret und anschaulich zu machen. Jedes der zehn Mädchen hat einen Namen und eine eigene Biographie, mit dem Ausbildungsbeginn lässt sich an ihrem weiteren Werdegang teilnehmen. Das ermöglicht auch das sehr unmittelbare Einfühlen in die Situation, was wiederum die Herausforderung für alle Vereinsmitglieder mit sich bringt, in der Wahl der Bilder und Symbole sehr sorgfältig zu sein. Ein Beispiel dafür ist der für die Spendenwerbung unverzichtbare Info-Folder, dem viele Stunden der Diskussionen vorangegangen waren. Welche Fotos wählen wir dafür? Wie dosieren wir das Aufkommen der Farben

Grün, Rot und Gelb, um Assoziationen zu Kamerun hervorzurufen, aber nicht nationalistisch zu wirken?

Bürokratische Hürden

Schließlich sind da auch noch die Kameruner Behörden, deren Bürokratie unsere lokale Vertretung jedes Mal wieder vor eine unglaubliche Geduldsprobe stellt. Da kann es schon sein, dass man bei einer medizinischen Untersuchung, die in Kamerun für Vereins-

Der Verein setzt auf persönliche Gespräche:

Jedes der zehn Mädchen hat einen Namen und eine eigene Biographie.

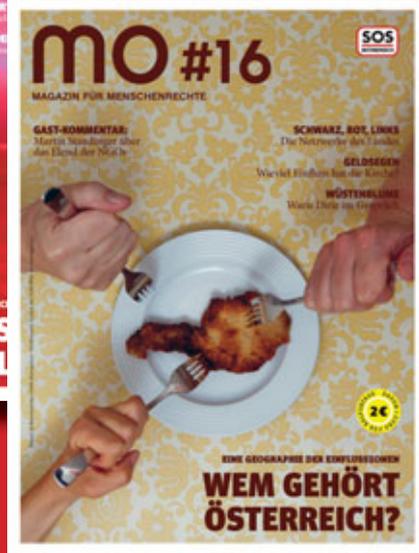
gründungen vorgeschrieben ist, einen ganzen Tag auf den Arzt warten muss, der dann ohne jede Untersuchung seine schriftliche Zustimmung erteilt. Und dennoch betrachten wir die Behörden als wichtige Verbündete. Gerade weil der Kampf gegen AIDS eine breite gesellschaftliche Basis erfordert, ist auch bei der Verwirklichung von IPROC (Institut Professionnel Romaine) darauf zu achten, dass die jungen Frauen, die auch im Hinblick auf den Staat in einem paternalistischen Verständnis aufgewachsen sind, nicht durch direkte Konfrontation mit der Administration vor den Kopf gestoßen werden.

Bei IPROC steht nicht allein das Erlernen eines Handwerks im Vordergrund. Das Projekt möchte den Teilnehmerinnen, die bislang ohne Eltern um ihr Überleben kämpfen mussten, über ihre Rechte informieren und ein Solidaritätsnetzwerk schaffen, in dem das erworbene Know-how in Folge auch an andere Waisenkinder kostenlos weitergegeben wird.

Benachteiligte Mädchen und junge Frauen sollen die bisher erlebte Negativspirale und damit die Ignoranz der Öffentlichkeit durchbrechen können und einen Beruf erlernen, mit dem sie eines Tages ihr Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen. Um die Reihenfolge der Bilder „Rechte für die einen“ und „Hilfe für die anderen“ umzudrehen, bedarf es noch der tatkräftigen Unterstützung. Spenden und Mitarbeit sind auch beim Verein „Bildung und Zukunft für Waisenkinder“ jederzeit erwünscht.

*Viviane Tassi Bela ist Obfrau des Vereins Bildung und Zukunft für Waisenkinder
www.education-obala.org*

*Verein Bildung und Zukunft für Waisenkinder
Erste Bank, BLZ: 20111
Kontonummer: 29122533500*



Probeheft unter www.momagazin.at



ray Filmmagazin

Bestellen Sie bei ray Aboservice: abo@ray-magazin.at
 Tel.: +43 (0)1 920 20 08-14, Fax: +43 (0)1 920 20 08-13
 ray Jahresabo (10 Ausgaben, davon zwei Doppelnummern)
 Österreich € 29,- Europa € 45,-
 Einzelheft: € 4,50 ray-Studenten-Abo: € 22,-
Probeheft gratis.

www.ray-magazin.at

BLENDWERK



Weil wir uns auch nicht gern von Populismus und Diskriminierung blenden lassen, unterstützen wir SOS Mitmensch.

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

NAZIS IN DEN ABGUSS

Bikekitchen

Im 15. Wiener Gemeindebezirk hat sich eine Bikekitchen etabliert. Das ist eine öffentliche Werkstatt ohne kommerzielle Interessen, wo jede/r Fahrräder reparieren oder zerlegen und daraus Chopper oder andere Eigenkonstruktionen bauen kann. www.bikekitchen.net, @bikekitchen



DISKRIMINIERUNG

Resümee nach zehn Jahren ZARA

ZARA feiert Geburtstag. Seit zehn Jahren dokumentiert die Antirassismus-Initiative Übergriffe im jährlichen Rassismusreport, betreut Opfer und ZeugInnen juristisch und bietet Workshops für Prävention und Weiterbildung an. Aber was haben zehn Jahre Antirassismuserbeit eigentlich gebracht? Sprecherin Sonja Fercher: Rassismus wird in Österreich gern als Problem von ein paar Rechtsextremen oder Neonazis abgehandelt. Mit dem Rassismusreport belege

ZARA, dass sich rassistische Diskriminierung durch alle Lebenslagen zieht. „Rassistische Übergriffe in Österreich stellen keine isolierten Einzelfälle dar, Rassismus hat Tradition und Struktur“, erklärt Fercher. Für die Opfer von Übergriffen ist es wichtig, „nicht allein gelassen zu werden“, so Fercher, „sondern von unseren JuristInnen unterstützt zu werden, um zu ihrem Recht zu kommen – auch wenn dies oft sehr schwierig ist – das bringt’s.“ Tatsächlich habe sich der Verein in



Beim Geburtstagsfest im WUK spielten Naked Lunch ©/phames Puch

den zehn Jahren zu einem Träger des zivilgesellschaftlichen Antirassismus entwickelt. *phs*

Vermögende stiften für sozialen Wandel

Nun existiert auch eine Bewegungsstiftung in Österreich. Die Idee stammt aus Deutschland: Vermögende investieren in gesellschaftlich wertvolle Arbeit, um demokratische Prozesse zu stärken und Wandel zu fördern. Erste Gelder wurden bereits vergeben, weitere StifterInnen werden gesucht. www.bewegungsstiftung.at *klu*

Innenministerium monopolisiert Rechtsberatung

Bewährte Hilfsorganisationen, wie Diakonie und Volkshilfe wurden vom Innenministerium aus der Rechtsberatung gedrängt. BeobachterInnen vermuten eine Bestrafungsaktion für die oftmals kritische Haltung der NGOs. Zum Zug kommt einmal mehr der vom Innenministerium finanzierte „Verein Menschenrechte“. *klu*

Auch 2009 wieder Bock auf Kultur

Im November findet zum 5. Mal die Benefizaktion „Bock auf Kultur“ statt. Der Gewinn geht an den Verein Ute Bock, der das Geld für Lebensmittel, Kleidung, Unterkünfte und Beratung von Flüchtlingen verwendet. Josef Hader und Michael Niavarani sind nur zwei von vielen KünstlerInnen, die teilnehmen. www.bockaufkultur.at *klu*



Bock auf Kultur og mit klassischer Musik ©Hans Sauerstein

NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

BUNDESLÄNDER BLUES

Jetzt ist es so, dass der Fonds Soziales Wien nicht einmal mehr die Krankenversicherung übernimmt, wenn es notwendig ist. Ich habe heute erst einen mit Gewalt im Spital unterbringen können, der Nierensteine hat. Ein Freund von ihm hat erzählt, der liegt zuhause da, verkrallt in den Teppichboden. Ein Arzt meinte einmal zu mir, Nierenkoliken sind die schlimmsten Schmerzen.

Der Fonds Soziales Wien hat gesagt, der gehört nach Kärnten, weil da sein Asylantrag läuft. Wenn jemand keine Grundversorgung in Wien hat, weil er aus einem anderen Bundesland kommt, dann hat er hier auch keine Krankenversicherung. Bisher war es so, wenn man sie wirklich brauchte, bekam man die Versicherung auch. Also haben wir das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder gefragt, ob sie ihn aufnehmen und dann haben die sich mit dem Fonds Soziales Wien geeignet, dass er für die Dauer des Aufenthalts versichert ist. Der Mann lebt eigentlich in Wien. Er hat hier einen zweiten Antrag gestellt, aber das geht bitte nicht. Er muss den nämlich in einem anderen Bundesland stellen. Dafür gibt es eine Verordnung, dass man auf keinen Fall ins Bundesland kommen kann, in dem man war. Also wurde gesagt, er geht nach Kärnten. Der Mann kommt aus Tschetschenien, hat Frau und Kind, beide sind krank. Natürlich

will der nicht nach Kärnten. Also ist er geblieben und hat jetzt keine Krankenversicherung.

GLEICHE BEDINGUNGEN

Die Flüchtlinge fahren durch halb Europa, um hierher zu kommen. Sie kommen über Polen, die Slowakei oder Italien. Wenn aber jedes Land die gleichen Standards hätte, dann wäre es den Flüchtlingen wurscht, ob sie in Polen oder in Österreich landen. Frau Fekter sagt, wir sind zu attraktiv und darum ist das so. Aber die Frau Fekter behauptet auch, die Flüchtlinge kommen hierher, gruppenweise, lassen sich medizinisch auf Vordermann bringen und gehen dann wieder.

Was ein ausgemachter Blödsinn ist. Es ist ja logisch, dass die Flüchtlinge dahin gehen wollen, wo sie Chancen haben. Und die haben sie in Polen nicht. Eine Frau mit Kindern war einen Monat lang in Polen in Schubhaft, dann wurde sie rausgelassen und musste sehen, wo sie bleibt. Sie hat überall nach einem Platz gesucht, wo sie unterkommen kann. Schließlich ist sie an einen gekommen, der sie nach Österreich gebracht hat und dann stand sie hier. Die wollte eigentlich nicht nach Österreich, aber sie hat halt keine Chance gehabt in Polen. Bei einer Stelle wurde ihr gesagt, sie soll in einem halben Jahr wiederkommen. Es sollte nicht so sein, dass man nur

mit Glück einen Platz bekommt. Und wenn er keins hat, dann geht er halt zugrunde. Und aus.

KONZERNPOLITIK

Dem Verein geht es jetzt ganz gut, ich bin ja Haselsteiner-abhängig geworden. Jetzt sitzt bei mir ein Buchhalter drin und kontrolliert jede Ausgabe. Am Konto gäbs Geld, aber ausgeben kann ich es nicht. Dabei geben es mir die Spender ja, damit ich es weitergeben soll. Wenn hier einer verhungert und ich kann ihm nicht helfen, dann tut mir das weh. Wenn ich morgen sterbe, steht dann in der Kronen Zeitung, draußen verhungern die Leute und die Bock war reich.

Aber was soll man tun. In Wien werden in letzter Zeit immer mehr Einrichtungen gesperrt. Die in der Sonnwendgasse wird gesperrt, die draußen in Kaiser-Ebersdorf wird gesperrt. Unsere eigenen Einrichtungen werden dauernd gesperrt. Das Haus in der Kastanienallee gibt es nicht mehr. Früher hatten wir in der Gänsbachergasse drei Häuser, jetzt gibt es eines. Aber die Leute werden nicht weniger. Im Park um die Ecke schlafen jede Nacht drei, vier Sandler. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.

Spenden: Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99; Bankleitzahl 57000

BUCH



Österreich ist Spitze!

In Österreich verdient ein Minister so viel wie seine Kollegen in Deutschland, Ungarn und Polen zusammen. Auf 17.587 Euro kommt man aber auch, wenn man ein slowakisches Ministergehalt mit 13,3 multipliziert. Österreich ist einfach Spitze! Mit „Politikfinanzierung in Österreich“ hat der Politologe Hubert Sickingler ein Standardwerk verfasst. Das Schöne an diesem Buch ist, dass dem spröde klingenden Titel keine empirische Wüste folgt. Sickingler stellt nicht allein politische Realitäten dar, sondern hinterfragt anhand von klar definierten Themenbereichen kritisch, wie der parlamentarisch-demokratische Gedanke und die Frage der Politik-Finanzierung zueinander stehen. Eine passende Frage zu den eingangs zitierten Zahlen wäre etwa: Schützen hohe Politikergehälter vor Korruption? Dass die Parteienfinanzierung in Österreich keineswegs transparent ist, wird in den Medien immer wieder thematisiert. Naiv gefragt: Welches Interesse sollten die Parlamentsklubs der Parteien schon haben, ihre eigenen Zuwendungen abzdrehen? Trotz der Verpflichtung zur Offenlegung haben sich die VolksvertreterInnen ganz munter einige Hintertüren geschaffen. So hat sich jede der politischen

Parteien im Lauf der Jahrzehnte ein ganz spezielles Finanzprofil zugelegt, Sickingler beleuchtet es. Immer wieder führt er auch in die Grauzonen der Politik, legt die gesetzlichen Bestimmungen dar und spricht dann kreative Freiräume an. Das politische System hat sich einige „Anreize“ geschaffen, dann ist von „Kickbacks“ (Bestechungsgeldern) die Rede, vom Investitionskalkül der Großspender, vom „Kauf“ politischer Entscheidungen oder einer „Schutzgebühr“, die Parteien für das Wohlverhalten verlangen. Dass der Parlamentarismus etwas kostet, wird kaum jemanden stören, wie Details der Klubfinanzierungen aussehen, vielleicht schon. Wer sich ein Bild der Politikfinanzierung von der Landes- bis zur EU-Ebene mit all ihren Problemen machen möchte, ist mit diesem Buch gut beraten. *red*

Hubert Sickingler
Politikfinanzierung in Österreich
 Czernin Verlag, 2009
528 Seiten, 39 Euro

POPULÄRKULTUR



Angela Magenheimer ©Martin Juen

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Angela Magenheimer ist Obfrau der Initiative Ehe ohne Grenzen, der SOS Mitmensch kostenlos Büro-Infrastruktur zur Verfügung stellt.

5 Dinge, die Sie über Ihre bessere Eehälfte wissen sollten – falls die Fremdenpolizei Sie danach fragt:

- 1 Welche Farbe die Unterhose hat, die er/sie heute trägt.
- 2 Wo & wann er/sie sich die Narbe am Knie/Bein/Arm/Ohr zugezogen hat.
- 3 Wie die Schwiegermama mit dem zweiten Vornamen heißt und wann sie Geburtstag hat.
- 4 Was sie letzten Silvester gegessen haben.
- 5 Welche Farbe die Bettwäsche beim ersten Sex mit der Ehefrau/dem Ehemann hatte.

5 Dinge die ich bei meiner Hochzeit gerne getan hätte (aber nicht gemacht habe):

- 1 Den Standesbeamten durch Guildo Horn zu ersetzen.
- 2 Den Eröffnungstanz zu „Temple of Love“ von den Sisters zu tanzen.
- 3 Die drückenden Schuhe mit Flipflops zu tauschen.
- 4 Die Familie meines Mannes einzufliegen.
- 5 Auf die letzten zwei Gläser Wodka zu verzichten.

Und sonst?

Danke ich Barbara Coudenhove-Kalergi für den Satz: „Integrationspolitik à la Fekter ist Strache mit Handtasche“.

POPULÄRKULTUR

BUCH



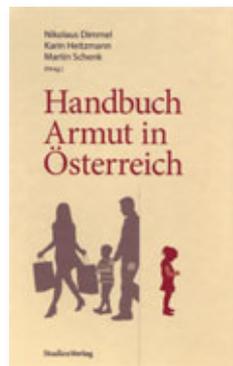
Persönliche Coolness

Der deutsche Rap-Star Samy Deluxe erzählte unlängst sinn- gemäß: Wenn ich auf Urlaub fahre, dann geht auch das „Ich“ auf Urlaub. Ich genieße es, anonym und unbeobachtet zu sein. Zugleich schreit aber das Ego: Scheiße, warum erkennt mich hier niemand?! Es ist nicht so, dass der 32-jährige Rap-Veteran aus Hamburg kein großer Poser wäre wie der Rest seiner Kollegen. Der Unterschied liegt aber darin, dass er die in der deutschen Szene offenbar unvermeidbare Ich-Perspektive mit einem wachen, kritischen Blick jenseits hohler Rhetorik aufgefettet hat. Vielleicht fällt das jemand, der nicht weiß ist und Alltagsrassismus als Teil seiner Lebenserfahrung nennt, auch leichter. So liest sich dann auch das Buch: Amüsant und sehr locker verfasst, pendelt es zwischen biographischen Stationen und einem ganz bewusst formulierten politischen Anspruch. Wie das Kind eines Sudanese und einer Hamburgerin sich erst mühsam ein Deutschlandbild zusammenbasteln musste, in dem er durch die Reaktionen seiner Umwelt ständig nur am Rand vorzukommen schien, ist durchaus interessant. Wo der

Heimatbegriff in der Linken verpöht ist, wiederholt Deluxe die aus der Unsicherheit geborene Frage unzähliger Migrantenkinder, wo denn nun seine Heimat sei. Die Reise als junger Bursche zu den unbekanntem Verwandten in den Sudan erstaunte ihn, weil er meinte, dass Rassismus dort unbekannt sei. Mit seinen Cousins, die er zu rechtweist, gibt das eine recht bizarre Begegnung. „Dis wo ich herkomm – Deutschland Deluxe“ ist ein schönes, engagiertes, kleines, persönliches Projekt, in dem eigene Unsicherheiten der Hegemonie des Hip-Hop-Machismo entgegen- gestellt werden.

Samy Deluxe (mit Götz Bühler)

Dis wo ich herkomm – Deutschland Deluxe
Rowohlt Verlag, 2009
218 Seiten, 9 Euro



Ursachen der Armut

Die Armutsbedrohung breiter Schichten, auch des Mittelstandes, ist eines der großen sozialen Probleme unserer Wohlstandsgesellschaft; jetzt

noch verschärft durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Beiträge dieses Buches geben auf rund 800 Seiten einen umfassenden und systematischen Überblick über den aktuellen Stand der Armutsforschung in Österreich und präsentieren neueste Erkenntnisse zu Ursachen, Folgen und Bekämpfung von Armut. Der vorliegende Sammelband setzt sich zum Ziel, das vorhandene Wissen in systematischer Weise aufzubereiten sowie bestehende Wissenslücken zu den jeweiligen Themenbereichen zu schließen. 48 ExpertInnen haben an dem nunmehr vorliegenden Handbuch mitgearbeitet.

Die AutorInnen beschreiben Ursachen und Folgen der Armut, wobei sie zwischen Risiken, Erscheinungs- und Bewältigungsformen differenzieren. Einen weiteren Themenschwerpunkt bilden die bestehenden Instrumente der Armutsbekämpfung in Form von Initiativen privater und öffentlicher TrägerInnen. Ausblicke auf die künftigen Herausforderungen der Sozialpolitik im europäischen Kontext schließen den Band ab.

Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk (Hrsg.)
Handbuch Armut in Österreich
Studienverlag, 2009
776 Seiten, 39,90 Euro

Make a Difference
Integrierte CSR Kommunikation & Reputation Management
www.trimedia.at
Trimedia. Trends. Tools. Talent.

Genießen verboten

Andere genießen in unserer Phantasie, was wir zu genießen wünschen, uns aber verboten haben. Haben wir den Hass auf das Glück dem Glück vorgezogen?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

Wer nicht genießt, ist ungenießbar. Ich verzichte auf das, was ich eigentlich gerne hätte oder gerne wäre, auf das, was mir gefällt, was mir Spaß macht, ein gutes Leben ermöglicht. Aber gleichzeitig bin ich es allen anderen neidig, die es sich gönnen. Die Eifersucht sagt: „Der andere genießt auf unsere Kosten“. Das heißt auch: Der andere genießt, obwohl ich es mir nicht erlaube. Eifersucht hat immer etwas mit Macht und Ohnmacht zu tun, und sie hat einen depressiv-aggressiven Grundton. Der Verzicht auf das, was man selber gerne hätte, bewirkt die Ablehnung des geliebten Objekts und die Ablehnung seines Besitzers. Der Philosoph Baruch Spinoza hat diese Art verkleideter Lust in der offenkundigen Unlust als „trübsinnige Leidenschaft“ bezeichnet. Und die ist immer auch aggressiv. Ich spreche hier von einem eingesperrten Genießen, von einem „autistischen“ Hedonismus, der beziehungslos bleibt. Begriffsgeschichtlich

kommt „genießen“ eigentlich ganz woanders her: Das mittelhochdeutsche „geniesz“ bezeichnete eine „gemeinsame Nutznießung“. Genuss im ursprünglichen Sinne des Wortes ist kein einsamer, konsumistischer Akt, sondern ein geteilter. Man genießt gemeinsam die Früchte der Erde. Das tut allen gut. Das Wort „genießen“ hängt nämlich mit „genesen“ zusammen.

Das eingesperrte Genießen bringt einen Zustand hervor, den der Kulturwissenschaftler Robert Pfaller so beschreibt: „Weil wir das, was wir wollen, selbst zu hassen begonnen haben und es in diesem Hass verkleidet genießen, brauchen wir die Fiktion des anderen als eines echten Besitzers des Glücks, den wir dann genauso hassen wie dieses Glück. Denn wir dürfen uns ja nicht eingestehen, dass wir selbst den Hass auf das Glück dem Glück vorgezogen haben.“ Die eigene Ohnmacht produziert die Machtansprüche über andere Ohnmächtige. Diese genießen in unserer Phantasie, was wir zu genießen wünschen, uns aber durch andere oder uns selbst verboten haben. Nur so kann man verstehen, warum Sozialhilfebezieher ihre 600 Euro geneidet werden. Oder Flüchtlingen ihr Alltag im 8-Betten Notquartier. Aus diesem Befund ergeben sich folgende Perspektiven: „Ängste und Sorgen“ nicht nachplappern, sondern Wünsche, Begehren, Lust freilegen. Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit stärken, Handlungsspielräume ausweiten. Damit man sich wieder etwas gönnt – und auch den anderen.

Zentrales politisches Anliegen des vidc ist die Förderung einer kritischen Öffentlichkeit zu Kolonialismus und Rassismus und die Herstellung eines internationalen Dialogs auf der Basis von Gleichberechtigung und Respekt.

Ausblick Herbst 2009

- 24.11. | 19.00 Uhr | Aula, Uni-Campus Wien, Altes AKH**
Social Protection. Vortrag von **Armando Barrientos**, Universität Manchester
- 19.11. | 18.30 Uhr | Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstr. 15, 1090 Wien**
Podiumsdiskussion: Wer (ver)sorgt in Zeiten der Krise? – Frauen-Finanzkrise-Care-Ökonomie
- 11.–12.11. | Internationale Tagung**
Wege zu einer neuen Weltfinanzordnung. Systemische Antworten auf die Nahrungsmittel- und Finanzkrise. Keynote **Heiner Flassbeck**, UNCTAD.
- 11.11. | 18–21 Uhr | Albert Schweitzer Haus, Schwarzspanierstr. 15, 1090 Wien**
Podiumsdiskussion
- 12.11. | 9–12.30 Uhr | Sensengasse 3, 1090 Wien**
Workshops Vom Weltcasino zu einem neuen Bretton Woods? und Von der Nahrungsmittelkrise zu einem nachhaltigen Rohstoffregime
- 3.11. | 18.30 Uhr | Hauptbücherei Wien - Am Gürtel, Veranstaltungssaal, Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien**
Wer ist Wir? Europa und seine Muslime. Vortrag von **Navid Kermani**, Schriftsteller und Islamwissenschaftler, Köln

Infos und Anmeldung zu den Veranstaltungen: www.vidc.org

Rückblick Herbst 2009

Die Dokumentationen zu diesen Veranstaltungen sind in Kürze auf unserer Website www.vidc.org verfügbar.

- 21.10. | The Freedom Theatre Jenin. Jugend in Krisenregionen;** Diskussion im Anschluss an die Theatervorstellung
- 19.10. | Vernissage, Dialog in Bildern – Palästina;** Filmvorführung: **Arna's Children**
- 15.10. | Workshop: Budgets for Empowerment. New aid modalities, public finance management and gender responsive budgeting**
- 13. 10. | Türkei 2009: Frauen in Bewegung.** Vortrag **Pinar Selek**, Soziologin und Journalistin, Istanbul
- 29.-30.9. | Konferenz: Perspektiven jenseits von Krieg und Krise II. Nahrungsmittelhilfe, Armutsverwaltung und Entwicklungspolitik im israelisch-palästinensischen Konflikt**
- 23.9. | Zwischen Republik und Gottesstaat. Wohin steuert der Iran?** Vortrag von **Bahman Nirumand**, Autor und Publizist, Berlin

Kostenlosen Newsletter bestellen

Tel.: 01-713 35 94 | E-Mail: office@vidc.org | www.vidc.org

POPULÄRKULTUR

BUCH



Die Ratio des Islam

In welchem seltsamen Kontrast die Polemiken des Westens über die arabisch-islamische Welt zum eigenen Wissensstand über die dort geführten geisteswissenschaft-

lichen Diskurse stehen, lässt sich zum Beispiel daran erkennen, dass vom vieldiskutierten, vierbändigen Werk – Kritik der arabischen Vernunft des marokkanischen Philosophen Mohammed Al-Jabri – keine einzige Übersetzung existiert. Insofern ist den Übersetzern und Editoren Ahmed Mahfoud und Marc Geoffroy sowie dem Perlen Verlag schon allein für kulturelle Vermittlungsarbeit zu danken: Sie haben die Einleitung, die Al-Jabri seinem fundamental-kritischen Werk vorangestellt hat, übersetzt und in der nun vorliegenden deutschen Ausgabe kompiliert. Al-Jabri klinkt sich mit seinem Werk unmittelbar in die Frage ein, wann und wo islamisch geprägte Gesellschaften den Anschluss an die Moderne ver-

loren haben. Er ortet dort eine Beherrschung durch Tradition, wo Vernunft ihren Rang in der Auslegung und Fortführung der Lehre verloren hat. Al-Jabri fordert einen neuen islamischen Rationalismus und stellt der Renaissance, also der Fundamentalisierung islamischer Lehren ein eigenes Konzept der Rückbesinnung entgegen. Und zwar auf Ibn-Rushd, der unter dem Namen Averroes einer der einflussreichsten Denker im spanischen Kalifat Al-Andalus war. Averroes, an den heute in Cordova eine imposante Statue erinnert, hatte im 12. Jahrhundert die Lehren des Aristoteles in das islamische Denken entscheidend eingebracht und mit seiner logikzentrierten Erkenntnislehre die

Bedeutung von Al-Andalus als geistig-wissenschaftliches Zentrum entscheidend mitbestimmt. Al-Jabri wirft mit seinen Denkansätzen auch die Frage nach der Epistemologie selbst auf: Wie entsteht Wissen in der islamischen Welt bzw. wo wurde es in der Tradition eingeschlossen? Auch wenn dieses eigentlich schmale Büchlein nicht immer leicht zu lesen ist – es unterscheidet sich von den Legionen ähnlicher Analysen in diesem Feld mit seinem eigenen, eigenständigen Denkansatz entscheidend. *gun*

Mohammed Abed al-Jabri
Kritik der arabischen Vernunft – Die Einführung
 Perlen Verlag, 2009
232 Seiten, 19,80 Euro

Südwind
 MAGAZIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK, KULTUR UND ENTWICKLUNG

Der andere Blick auf eine globalisierte Welt

Das **aktuelle Heft** erhalten Sie **gratis** zum Probelesen unter:
 suedwind.magazin@suedwind.at oder
 Südwind Agentur • Laudongasse 40 • 1080 Wien
 Tel. 01/405 55 15-0 • www.suedwind-magazin.at

ServiceTel: (kostenlos)
 0800/20 11 30
 mail@oebv.com
www.oebv.com

Die ÖBV – Gelebte Solidargemeinschaft

Die ÖBV ist mehr als eine Versicherung. Sie ist eine Idee. Als **Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit** verwirklicht die Österreichische Beamtenversicherung die Idee der Solidargemeinschaft. Übrigens: Unsere Angebote richten sich nicht nur an Beamte, bei uns ist jede und jeder willkommen!

ÖBV-Organisationsleiter Peter Karlovits + Familie

Der unsichtbare Schlossherr

Als Leiter des Bundesasylamtes schreibt Wolfgang Taucher an den Geschichten vieler Menschen mit. Der Ausgang ist dabei Definitionssache.

TEXT: NINA WITJES

Es erinnert an Franz Kafkas „Das Schloss“: Herr O. aus Nigeria reist nach Österreich. Er sucht hier Asyl, hofft auch auf eine Anstellung. Sein Ansuchen wird abgelehnt. Herr O. hat Mühe, sich in den bürokratischen Mühlen zurechtzufinden. Er hat das Gefühl, sein Überleben liegt nun im Machtbereich eines anonymen Amtes. Hier regieren, so fürchtet er, Männer einen Verwaltungsapparat, statt ihn selbst anzuhören. Das ist Wolfgang Tauchers „Schloss“.

Seit 1996 ist Taucher Direktor des Bundesasylamtes. Hier wird in erster Instanz entschieden, ob jemand Flüchtling ist oder nicht. Die von Innenministerin Maria Fekter angestrebte Fremdenrechtsnovelle findet bei Taucher Unterstützung. Straffällig gewordene Asylwerber sollen künftig abgeschoben werden, noch bevor das Gerichtsverfahren beendet ist. Zudem sollen Folgeanträge, also ein neuerlicher Asylantrag nach einem negativen Bescheid unterbunden werden. Das vom Leiter des Bundesasylamtes mitbegründete Qualitätsmanagement des Amtes gilt als Best Practice Modell.

Rationalität des Amtes

Michael Genner, Chef von Asyl in Not, überrascht Tauchers Haltung nicht. Ursprünglich sei Taucher Kandidat der NGOs gewesen, seine Bestellung durch Innenminister Caspar Einem erschien fortschrittlich. Taucher war kein Emporkömmling einer Partei, sondern hatte lange die Asylrechtsabteilung der Caritas geleitet. Er koordinierte das von Caritas und UNHCR gegründete „Rechtsberaterprojekt“, das Asylwerbern kostenlose Rechtsvertretung anbot und er war Mit-



Taucher, Ex-NGO-Mann ein Wendehals?
© BMIA_TUMA

glied in der Vereinigung kritischer Juristen. Wechselte Taucher die Seiten oder einfach nur den Job? Mit seiner Berufung änderte sich jedenfalls der Umgang mit den ehemaligen KollegInnen. Das freundschaftliche „Du“ wich einem förmlichen „Sie“. Eine Mitarbeiterin der Asylkoordination spricht von der „Rationalität des Amtes“, die sehr schnell gegriffen habe. Kritik wurde immer öfter abgewürgt, sagt der Grüne Niki Kunrath. Um Gesprächstermine suchen NGOs nur noch selten an, es habe zu viele leere Versprechungen gegeben.

Die Einbindung der NGOs in ein Evaluationsprojekt des Europäischen Flüchtlingsfonds

zur Arbeit des Bundesasylamtes torpedierte Taucher offensichtlich erfolgreich. Mittlerweile darf nur noch das Boltzmann Institut für Menschenrechte mitarbeiten. Und die Mitarbeiter des Amtes selbst. Die Begründung: NGOs sind nicht objektiv.

Die Selektion von Asylwerbern hat Taucher schon 2004 optimiert, Basis ist die von ihm konzipierte Erstaufnahmestelle als strikt organisierte „Asylstraße“. Das UNHCR äußerte sich kritisch über den sicherheitspolizeilichen Charakter der Straße und empfahl, statt einer Vielzahl bewaffneter Beamter stärker auf vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen. Viele Flüchtlinge, weiß Genner, sind traumatisiert. Ihnen hilft auch die Zeit, doch die gibt es oft nicht. Viele NGOs holen psychologische Gutachten ein und bringen gegen „Dublin“-Bescheide (Abschiebung in Transitländer) Beschwerden ein. Manchmal steht Gutachten gegen Gutachten. Gibt der Asylgerichtshof der Beschwerde statt, landet der Akt wieder in der ersten Instanz in Wolfgang Tauchers Schloss. „Eigentlich sollte dann endlich das inhaltliche Verfahren beginnen“, sagt Genner, „aber das ist oft nicht der Fall.“ Denn Tauchers Behörde fordert dann ihrerseits Gutachten an. Traumata kommen dort seltener vor. So wechseln die Gutachten von Schreibtisch zu Schreibtisch. Ein Wettlauf mit der Zeit. Gelingt es Österreich nicht, einen Flüchtling innerhalb einer sechsmonatigen Frist loszuwerden, ist es für ihn zuständig. Sonst wird weiter(ab)geschoben. Kafka hat seinen Roman nie zu Ende geschrieben. Taucher schreibt an den Geschichten vieler Menschen mit.

Mit dem Kolportageprojekt ermöglicht SOS Mitmensch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen, ihren Unterhalt durch selbstständige Arbeit aufzubessern. Der Verkauf einer Ausgabe mo - Magazin für Menschenrechte bringt dem/der KolporteurIn einen Euro.

Mehr auf kolportage.sosmitmensch.at



SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

...den vertriebenen Roma?

In der Nacht auf den 1. August wurde nach Berichten der Kleinen Zeitung eine Gruppe fahrender Roma von ihrem Lagerplatz im Osttiroler Ainet vertrieben. Jugendliche, die auf einem angrenzenden Sportplatz ein Fest feierten, hätten mit Stöcken auf die Wohnwagen der Roma eingeschlagen, wird ein Zeuge in der Kleinen Zeitung zitiert. Dabei sollen Sprüche wie „Euch Gsindel brauchen wir da nid“ gefallen sein. SOS Mitmensch verurteilte den Vorfall in einer Aussendung und kritisierte die Lienzer Polizei scharf: Zwar sind noch in der Nacht Streifenwagen ausge-

rückt, aber zum Vorfall wurde nicht einmal eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Inzwischen wird im Auftrag der Staatsanwaltschaft Innsbruck wegen schwerer Nötigung, schwerer Sachbeschädigung und Gemeingefährdung ermittelt. Das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens könnte bis Ende Oktober vorliegen, erklärt der Sprecher der Staatsanwaltschaft Innsbruck Wilfried Siegle gegenüber mo. SOS Mitmensch hält den Vorfall für symptomatisch. Österreich wurde vom Euro-



Polizei Lienz ermittelte nicht. ©Karin Wasner

parat wiederholt kritisiert, dass Straftaten mit fremdenfeindlichem oder rassistischem Hintergrund von der Exekutive nicht ausreichend dokumentiert und somit der Strafverfolgung entzogen werden.

WAS WURDE EIGENTLICH AUS....

...Plattform Rechte Chancen Vielfalt

Im Juli 2008 präsentierte das Netzwerk „Rechte, Chancen, Vielfalt“ ein Positionspapier zur Integrationsdebatte. Anlass war das Scheitern der Integrationsplattform des damaligen Innenministers Günther Platter (ÖVP). Das Papier zielte darauf ab, die gestaltbaren Rahmenbedingungen von Integration in den Vordergrund zu rücken und die Debatte aus der „kulturalistischen“ Sackgasse herauszuführen.

Gut ein Jahr nach Gründung des Netzwerkes ist dieses aktiver denn je. Gerade wird an einem Projekt gearbeitet, in dem abseits der Tagespolitik 13 Anstöße für ein gelungenes Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft erarbeitet werden. In welcher Form die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung präsentiert werden, ist noch nicht endgültig geklärt. Geplant ist eine Konferenz im Frühjahr.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt derzeit noch auf der Programmarbeit. Die Projekte werden in 13 Arbeitsgruppen ausgearbeitet. In einem „Weltcafé“ wurden Anfang Oktober die ersten Ergebnisse von den Netzwerkmitgliedern diskutiert, um auch Querverbindungen herzustellen und zu einem schlüssigen Gesamtbild der einzelnen Ideen zu gelangen.

Was macht SOS Mitmensch? Jahresbericht 2008

Der Jahresbericht von SOS Mitmensch für 2008 wurde von der Generalversammlung angenommen und ist online verfügbar. In diesem sehr aktiven Jahr konzentrierte die Menschenrechtsgruppe ihre Energie vor allem darauf, ein faires und menschenwürdiges Bleiberecht zu promoten. www.sosmitmensch.at/stories/2430

Konferenz: UMWelt SOzial BESSER

Ökologische und soziale Anliegen zusammendenken ist das Ziel der Konferenz UMWelt SOzial BESSER, die am 26. und 27. November in Wien stattfindet. SOS Mitmensch hat an der Wendebroschüre mitgearbeitet, die dort präsentiert wird. www.phs.oe-kobuero.at/aktuelles

ORF: Plattform der Plattformen für Unabhängigkeit

Als Plattform „Zivilgesellschaft für einen unabhängigen ORF“ hat sich SOS Mitmensch mit vielen anderen NGOs zusammenschlossen. Diese Plattform tritt nun gemeinsam mit den Zeitungen (Rettet den ORF), der Filmwirtschaft und der Petition Radiosymphonieorchester für einen unabhängigen ORF ein.



Das Bleiberecht war für SOS Mitmensch 2008 ein Schwerpunkt ©SOS Mitmensch

ANDERE ÜBER ...

Durch NGOs embedded

Hilfsorganisationen veranstalten humanitären Pauschaltourismus. Aber die Welt besteht nicht nur aus Waisen- und Armenhäusern, meint Martin Staudinger.

Ich mag Hilfsorganisationen. Ich finde unglaublich wichtig, was sie machen. Und der Anteil an bemerkenswerten Menschen ist unter NGO-MitarbeiterInnen deutlich höher als bei den meisten anderen Berufsgruppen, mit denen ich bislang zu tun hatte. Ähnliches kann ich mittlerweile übrigens über einige Armee-einheiten sagen, mit denen ich unter ähnlich gemüthlichen Umständen zu tun hatte, wie mit diversen Hilfsorganisationen. Genau der Vergleich zwischen beiden gibt mir mittlerweile zu denken. Einen guten Teil des Sommers habe ich mit NATO-Soldaten in Südafghanistan verbracht. „Embedded“, wie man sagt, für eine Reportage im „profil“. Das führte zu einigen vorwurfsvollen E-Mails. Tenor: Ob ich mich denn gar nicht genießen würde, gemeinsame Sache mit den Militärs zu machen? Weil doch klar sei, dass JournalistInnen unter diesen Umständen ohnehin nur das zu sehen bekommen, was dem jeweiligen Geheimdienst in den Kram passt.

Ich gebe zu: Es ist durchaus angebracht, in Situationen wie diesen aufzupassen wie ein Haftelmacher. Allerdings: Ich habe bislang nie eine Vereinnahmung bemerkt – weder bei der kanadischen Armee, die mich vor zwei Jahren in Afghanistan bei einigen Einsätzen mitgenommen hat, noch heuer bei der niederländischen Infanterie, mit der ich auf einem abgelegenen Außenposten in der Provinz Uruzgan stationiert war. Auch nicht bei den Amerikanern, die mich anschließend in Kandahar und Helmand mit ihren Rettungshubschraubern mitfliegen ließen. Ähnliches werden die wenigen Kollegen im deutschsprachigen Raum, die sich in den vergangenen Jahren „embedden“ ließen, jederzeit bestätigen.

Im Irak war es lange Zeit, in Afghanistan ist es als westlicher Journalist immer noch nur unter immensen Risiko möglich, die sicheren Zonen in den Städten auf eigene Faust zu verlassen.

Ich jedenfalls hätte viele Gespräche mit Einheimischen in Afghanistan nicht anders führen können als mit Hilfe diverser Armeen. Wobei sich die Uniformierten herzlich wenig darum scherten, was ich in meinen Notizblock schrieb – zum Beispiel die wütenden Anwürfe der aufsässigen Stammesfürsten im Norden der Provinz Kandahar, mit de-



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Martin Staudinger

Martin Staudinger arbeitete lange Jahre für die Wiener Stadtzeitung „Der Falter“ und für das Wochenmagazin „Format“ in der Innenpolitik. Mit seinem Wechsel zu „profil“ wechselte er als Reporter in die Außenpolitik und hat seither Krisenregionen wie Afghanistan oder den Irak bereist.

nen ich am Rande einer Shura, einer Versammlung, mit NATO-VertreterInnen sprechen konnte. Was sie sagten, war wenig schmeichelhaft für die Militärs. Gedruckt wurde es dennoch. Und die Kanadier bedankten sich anschließend noch für die schnörkellose Darstellung.

Was hat das jetzt mit den NGOs zu tun? Auch sie „embedden“ Journalisten. Das finden beide Seiten ziemlich ok. Die Medienunternehmen ersparen sich damit ziemlich viele Reisespesen, den Hilfsorganisationen bringt es Aufmerksamkeit für ihre Anliegen und – Spenden.

Was es garantiert nicht bringt: Genau das, worum sich alle so große Sorgen machen, die das Unwesen des „embedded journalism“ im Umfeld der Militärs geißeln – ein objektives Bild der Situation. Wer das beschreibt, was ihm NGOs im Rahmen ihrer humanitären Pauschaltourismus-Pakete anbieten (und das tun die meisten), zeigt: Eine „Dritte Welt“, die vollständig aus Waisen-, Blinden-, Armen-, und Lepraheimen besteht; die nur über die Runden kommt, wenn der weiße Mann eingreift; die samt und sonders dunkel, freud- und hoffnungslos ist.

Letztlich liegt es also dort wie da an den jeweiligen JournalistInnen, sich über Versuche hinwegzusetzen, der Deutungshoheit beraubt zu werden. Sei es durch Armeen, sei es durch Hilfsorganisationen.

WELT AHOI!

ORF

1

RADIO
ÖSTERREICH 1



Welt Ahoi!

Interessantes und Uninteressantes aus nah und fern

Das neue Satire-Format in Ö1 – ab 1. November 2009.

Jeden Sonntag, 9.30 Uhr

oe1.ORF.at

Für dich ist es eine warme Suppe.

CCP/Heye

Für mich ist es ein
kleines Wunder.

Caritas & Du

Deine Spende kann Wunder wirken.
Inlandshilfe 2009 - PSK. 7.700.004,
Erste Bank 012-34560 - www.caritas.at

Wir helfen mit:

ERSTE  SPARKASSE 